

JEDER- BETEILIGUNG

BÜRGER NEHMEN POLITIK SELBST IN DIE HAND AB SEITE 4



NICHTBETEILIGUNG



CC BY-NC-SA Ulrich Scharfenort

Gentrifizierung
**DEMNÄCHST AUCH
BEI EUCH**

SEITE 16

Piraten
**INTERVIEW MIT
MELANIE KALKOWSKI**

SEITE 10

Bestandsdaten etc.
**DER GRIFF NACH
UNSEREN DATEN**

SEITE 20

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende

Jürgen Asbeck/Timecodex (Redaktion)
Joshua Brück (Verwaltung)
Radbart Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (V.i.S.d.P.)
Ulrich Scharfenort/ulrics (Redaktion)
Ulrike Mös/Wika (Redaktion)

Autoren

Jürgen Asbeck/Timecodex
Martin Haase
Ingo Höft
Ulrike Mös/Wika
Stefan Müller
Michael Renner
Andi Rohde
Ulrich Scharfenort/ulrics
Jens Seipenbusch

Dank an

Flaschenpost,
SG Gestaltung und AG Werbemittel
Hamburg, Piratenfraktion NRW
Andreas Mehrstens, Stefan Hochstadt

Titelbild

Ulrich Scharfenort/ulrics

Layout Christine Zander
(SG Gestaltung)

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Post an Kompass

Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim

**Kopieren erlaubt!**

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

Bestandsdaten-Abfrage, Leistungsschutzrecht gegen Netzpublizierer, und erste Rufe nach einer neuen Vorratsdatenspeicherung in Folge des Anschlages beim Boston-Marathon: nach diesen Ereignissen wird es endlich Zeit wach zu werden – Abschied von bequemen Illusionen. Die Menschen erwarten, dass sich etwas positiv für die Netzpolitik verändert, dass Bürgerrechte auch im Netz nicht ständig weiter beschränkt werden, um sie dann nach jahrelangem Verfall quasi in letzter Minute vom Verfassungsgericht retten zu lassen. Oder auch bei der Abschaffung der DSL-Flatrate: hier droht die Erdrosselung des Internet. Die Telekom will Datenkontingente, analog zum Mobilfunk. Sind diese überschritten, gibt es nur: Zahlen oder schleichen. Das ist das Ende der Netzneutralität. Wir fordern ein freies Netz. Das bedeutet auch: laut werden, aufstehen, das Gespräch mit Menschen in der Umgebung suchen. Damit die Überwacher und Lobbyisten mit ihrem neuen Spielzeugen sehr wenig Spaß und vor allen Dingen keine persönlichen Vorteile haben werden.

Post

Bürgerrechte einfordern

Die Menschen haben heute viel mehr Möglichkeiten, ihren Unmut kundzutun, als manche glauben. Neben den in dem Artikel aufgezeigten Möglichkeiten gibt es z.B. auch die Dienstaufsichtsbeschwerden. Gemeinläufig werden sie als formlos, fristlos, fruchtlos bezeichnet. Dass das nicht immer so ist, habe ich bereits selbst feststellen dürfen, als sich ein Gerichtsvollzieher auf eine von einem Bekannten privat eingereichte Dienstaufsichtsbeschwerde persönlich entschuldigen musste.

Aber mal ab von diesen speziellen Fällen müssen sich die Menschen eines klar machen: „Ich bin wichtig“ und „Meine Meinung zählt“.

Das Gefühl ist stark verloren gegangen. In Frankreich oder Irland gehen die Menschen oft auf die Straße um ihre Meinung lautstark kundzutun. In Deutschland lebt eher die Ansicht: „Was kann ich schon ausrichten“. Es ist natürlich traurig, dass nicht alles super läuft. Aber wenn etwas nicht gut läuft, muss man sich wehren. Petitionen haben dann einen Sinn, wenn sich viele beteiligen. Eine Demo mit 10 Personen erregt keine Aufmerksamkeit. Wir haben die Möglichkeiten, also sollten wir sie auch nutzen. Wenn viele etwas fordern, bekommt dies wesentlich mehr Gewicht.

Um das aber zu schaffen, müssen die Menschen besser über ihre Bürgerrechte informiert werden. Viele kennen ihre Rechte leider nicht. Und hier müssen wir ansetzen...

Christina Worm
Listenkandidatin Platz 5
PIRATEN NRW

[Schreibt!]

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denkselbst.org. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Deine Idee für den Kompass

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Pirathemen!

Mach mit! Hier steht wie:
<http://kompass.im/mitmachen>

Redaktionskonferenz:
Jeden Donnerstag 20 Uhr Telekonferenz
Software dafür kostenlos downloaden:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>

NRW-Mumble-Server im Raum:
Piratenzeitung.

Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

[Bildungsprogramm]

Wie viel ist $1/2$ plus $1/3$? frage ich und male Jugendlichen Pizzas an die Tafel. Zu laute Klassen, überforderte Lehrer und Eltern, die Geld für TV und PC heranschaffen, vor denen Kinder ihre Freizeit verbringen. Nachmittagsunterricht, Abitur in der 12, frühkindliche Förderung im Mutterleib. Eliteunterricht im Kindergarten und Vorstudium neben der Schule. Ritalin statt Toben. Burn-out und Antidepressiva. Die Pharmaindustrie hat uns hart an der Kandarre. Wir brauchen Schulen, wo unsere Kinder nachmittags im Wald spielen, Schauspiel und Violine oder Karate und Gartenarbeit haben. Wo sie Kochen, Haushalten und ihre Rechte kennen lernen. Zeit haben zum Beobachten, Nachdenken und Experimentieren. Leistungsdruck und Psychopharmaka sind keine Alternative. Das Bildungsprogramm der Piraten gefällt mir immer besser.

Wika



THE RETURN OF THE „BOLLERWAGEN“

PIRATEN ZIEHEN ÜBERS LAND...

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Es rumpelt auf der Straße, eine Gruppe von Leuten biegt um die Ecke. Einige sind in „orange“ gekleidet, andere tragen Fahnen. Was steht darauf?

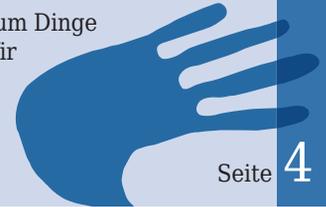


„Piratenpartei“. „Die Piraten“ kommen! Das rumpelnde Geräusch stammt von einem hölzernen Bollerwagen. Warum der Wagen? Er sieht „Anders“ aus, fällt auf, ist nicht zu übersehen. Was ist der Vorteil? Das Infomaterial muss nicht getragen werden, es rollt kräfteschonend. Die Menge an Material ist größer. Was könnte auf dem Wagen sein? Das Grundsatzzprogramm, „Give-Aways“ wie Kugelschreiber und Badges, Wahlplakate zur BTW, gern auch der „KOMPASS“. Die Piratenzeitung gibt den Wahlkämpfern Themen an die Hand, um schnell in Kontakt zu den Wählern zu kommen. Geht es um Energiepolitik, dann die Ausgabe über „Fracking“, „Auf der Suche nach Werten“, wenn es um Ethik geht, die aktuelle Ausgabe „Jederbeteiligung“, geht es um den Beitrag, den jeder selbst leisten kann. Und, nach der Straßenverkehrsordnung gilt er als „Handwagen“ und ist so ein zugelassenes Verkehrsmittel. Wo sollte der Bollerwagen unterwegs sein? Überall da, wo entweder mit vielen Protestwählern zu rechnen ist, die Stadtviertel kennen die örtlichen Piraten selbst am besten, sowie überall dort, wo die Aktion auffällt und viele Leute stehen bleiben.

Etwa zwei Prozent der Wähler wählen uns für unsere Kernthemen, an den anderen drei Prozent müssen wir bis zur Bundestagswahl noch hart arbeiten. Seid Ihr bereit dazu? Also: „Bollerwagen“ los!

Jeder kann sich vor Ort beteiligen

Jeder kann mitmachen, wenn es um Dinge in der eigenen Umgebung gilt. Wir zeigen, wie man das selbst und mit anderen erreichen kann.



Seite **4**

GEZÖRRe Die Anderen

Seite **9**

Piratin Nr. 1

Ein Gespräch mit Melanie Kalkowski – Spitzenkandidatin auf der NRW-Landesliste für den Bundestag. Sie engagiert sich besonders für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.



Seite **10**

Bessere Drogenpolitik

Seite **12**

Neue Werkzeuge für die Demokratie

Seite **13**

Die Shortstory

Seite **14**

Wohnst Du noch, ...?

Wenn sich ein Wohnviertel wandelt, müssen alte Bewohner weichen. Sie haben oft keine große Wahl. Was Politik tun könnte steht auf



Seite **16**

Die Verkehrswende

Seite **19**

Der Daten-GAU im Mai 2013

Seite **20**

Medien-Piraten

Seite **21**

Leistungsschutzrecht

Seite **21**

Mehr Möglichkeiten

Seite **22**

AG: Alle gemeinsam

Der Kompass präsentiert im Juni eine Sonderausgabe, und stellt die aktivsten AGs vor.

Seite **23**

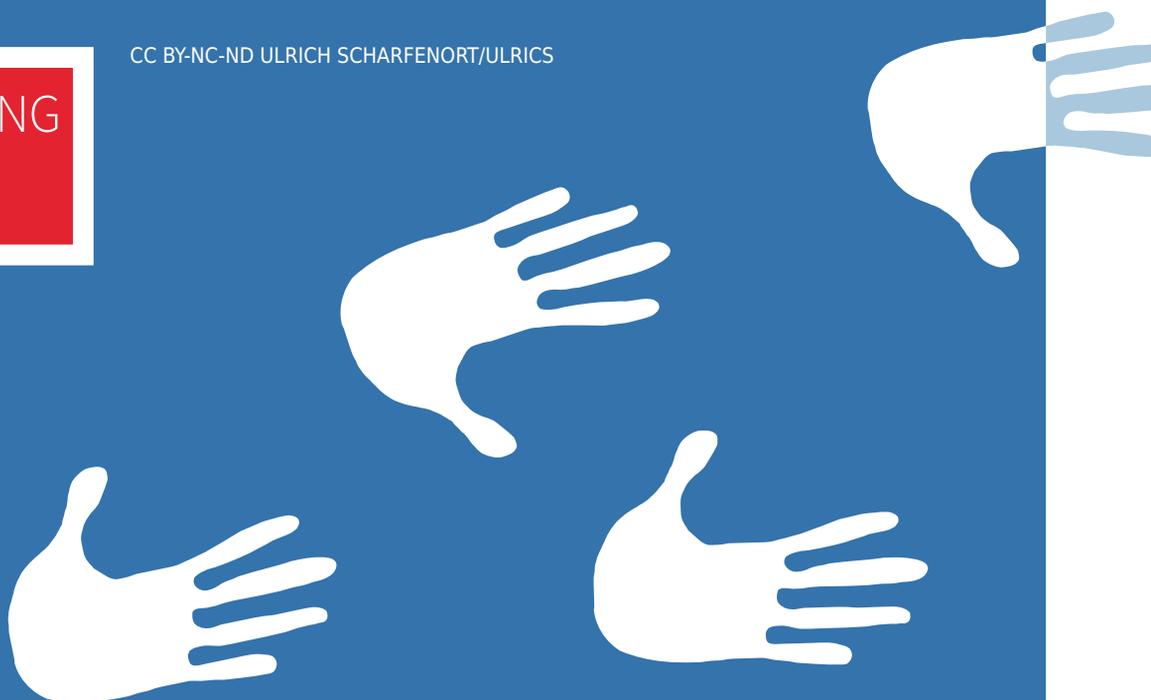
JEDERBETEILIGUNG

**NIMM DIE DINGE SELBER IN DIE HAND.
IST GAR NICHT SO SCHWER.**

Es gibt Menschen, die beschwerten sich über dieses und jenes. Nur ganz wenige stehen wirklich auf und tun etwas. Es gibt Menschen, die sehen als ihre Aufgabe, sich für irgendetwas einzusetzen. Diese Menschen haben verstanden, wer Gemeinwohl leben will, kann nicht nur nehmen, sondern muss auch geben. Es gibt aber natürlich auch jene, die etwas tun möchten, aber nicht wissen wie. Dabei gibt es unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen. Die Beteiligung fängt bei Kleinigkeiten an. Müll aufheben, eine fehlende Gehwegplatte oder ein neu aufgetauchtes Schlagloch melden. Mehr Beteiligung setzt sich bei der Recherche nach Hintergrundinformationen fort - und endet bestimmt nicht bei Petitionen. Jeder einzelne kann sich einbringen und auch etwas bewirken. Im Folgenden wird eine kleine Auswahl zur Beteiligung am Gemeinwohl vorgestellt.

NICHTBETEILIGUNG

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS



Informationsfreiheitsgesetze

Die Informationsfreiheitsgesetze (IFG) gewähren Zugang zu Informationen von öffentlichen Stellen. Sowohl im Bund als auch in den Ländern gibt es sie. Mit ihnen bekommen wir nicht nur Informationen von öffentlichen Stellen, sondern haben sogar einen durchsetzbaren Rechtsanspruch.

Bundesländer mit eigenem IFG sind Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, NRW, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz. In den anderen Ländern gibt es bisher keine Regelungen. Das Bundesgesetz gilt zudem nur für die Bundesebene und Bundesangelegenheiten.

Nach diesen IFG können von der Stadt, dem Bundesland oder etwa einer Bundesbehörde Informationen angefordert werden. Dies gilt auch für Vertreter von öffentlichen Einrichtungen oder Belangen, wie zum Beispiel dem TÜV oder öffentlicher Rundfunk. Wobei der öffentliche Rundfunk zum Beispiel in (Baden-Württemberg) sogar von dem Landes-IFG explizit ausgenommen wird. Bundeseigene Firmen müssen nach Bundes-IFG nur bei der Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Interessen antworten. Auf Länderebene kann ein größerer Auskunftsanspruch bestehen.

Die Anfrage kann eine schlichte Auflistung der Fragen sein. Natürlich alles unter Wahrung der Höflichkeit.

Es kommt vor, dass Stellen, die die IFG nicht kennen, sich nicht melden. Ebenfalls sind ausweichende Antworten möglich. Oder aber gar ein Bezug auf einen der Ausnahmefälle. Die Verweigerung der Auskunft kann durchaus gerechtfertigt sein. Allerdings gibt es Fälle, wo es nur eine Ausrede ist. In diesen Fällen ist der erste Ansprechpartner der Bundes- oder Landesbeauftragte für Informationsfreiheit. Alternativ besteht auch direkte Klagemöglichkeit. Hier heißt es abzuwägen. Ich persönlich würde mich zuerst immer an die Beauftragten für Informationsfreiheit wenden.

Vielfach sind einfache Anfragen kostenlos. Werden konkret Dokumente angefordert oder ist umfassende Bearbeitung notwendig, kann durchaus eine Rechnung auf einen zukommen. Generell ist empfehlenswert, vorab um eine Mitteilung bzgl. der absehbaren Kosten zu bitten, nur dann müssen die Kosten mitgeteilt werden.

Werden mehrere Anfragen nacheinander gestellt, prüft die Behörde, ob diese in Zusammenhang stehen. Dadurch fallen eventuell bei mehreren kleinen Fragen zu einem Thema ebenfalls Gebühren an.

TIPP - Geteilte IFG-Anfrage:

Bei einigen Anfragen kommen umfangreiche Listen zusammen. Das verursacht Gebühren! Dieses Kostenrisiko kann verringert und sogar völlig ausgeschlossen werden, indem die Fragen nicht durch eine Person alleine eingereicht werden, sondern mehrere Personen sich zusammenschließen und jeder nur eine oder wenige Fragen einreicht. Einen Nachteil bringt eine geteilte Anfrage mit sich: Mauert die Behörde, wird eine Klage komplizierter.

Umweltinformationsgesetz

Speziell für Umweltthemen gibt es die Umweltinformationsgesetze (UIG). Die grundsätzliche Vorgehensweise ist analog zu den IFG. Wie schon beim IFG können auch Informationen nach dem UIG etwas kosten. Die Antworten sind kostenfrei zu erteilen, wenn der Aufwand nur gering ist.

Verbraucherinformationsgesetz

Der Verbraucher kann seit 2012 gemäß dem Verbraucherinformationsgesetz Auskunft über Lebensmittel und Verbrauchsgüter bei den dafür zuständigen Behörden verlangen. Natürlich kann nur Auskunft erteilt werden, wenn diese Informationen den betreffenden Stellen auch vorliegen.

Kosten bis zu einem Verwaltungsaufwand von maximal 1.000 bzw. 250 Euro, je nach Art der Information sind kostenfrei. Darüber können Kosten ohne Obergrenze erhoben werden, allerdings erst nach vorhergehender Information.

Beschwerden

Eine Beschwerde verfassen ist nicht schwer. Erst einmal aufschreiben, was einem nicht passt. Das können im Entwurf ruhig ziemlich klare Worte sein. Wichtig ist es, dann ein klares Gerüst und eine gewisse Schlüssigkeit reinzubringen. Also nicht einfach nur sagen, dass alles Mist wäre, sondern warum ein Umstand missfällt oder stört.

Selbst beim größten Frust sollte die Form gewahrt bleiben. Beleidigungen sind bei einer Antwort selbstverständlich genauso tabu, wie schon im Anschreiben. Nicht nur, weil einem dadurch im schlimmsten Fall ein Prozess droht. Es hilft einfach nicht weiter. Eine Antwort kommt eher bei einem höflichen Schreiben.

Beschwerdestellen

Wenn bei Beschwerden keine oder eine unzureichende Reaktion auf eine Beschwerde

erfolgt, gibt es Beschwerdestellen. Diese können offizieller Natur sein, aber auch semioffiziell in Form von Verbänden und Vereinen.

▶ Die bekanntesten Stellen dürften sicherlich die Verbraucherzentralen sein, die viele Erfahrungen mit dem Umgang mit Beschwerden und den richtigen Ansprechpartnern haben. Dort gibt es erste Informationen zu weiteren Ansprechpartnern. Eventuell ist eine kostenpflichtige Rechtsberatung notwendig.

▶ Ein Ansprechpartner bei Lebensmitteln ist das Web-Portal „Lebensmittelklarheit.de“. Dort können zum Beispiel Mogelpackungen, falsche Angaben auf der Verpackung und stark abweichendes Gewicht gemeldet werden. In einigen Fällen kann direkt das Eichamt angesprochen werden.

▶ Bei der Berichterstattung in der Zeitung gibt es ab und an Verstöße gegen den Pressekodex des Presserates. Gegen derartige falsche Berichterstattung kann eine Beschwerde eingelegt werden. Zu beachten ist dabei, dass die entsprechende Seite aus der Zeitung aufgehoben wird.

▶ Die Bundesnetzagentur ist insgesamt zuständig für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn. Allerdings ist selten mit einer individuellen Antwort auf eine Beschwerde zu rechnen.

▶ Im Internet haben viele Seiten kein oder ein unzureichendes Impressum. Für diesen Fall und auch für Emailspam ist die Wettbewerbszentrale der passende Ansprechpartner.

▶ Für einige Branchen gibt es Schlichtungsstellen und Ombudsmenschen, an die man sich wenden kann. Das Ergebnis wird nicht immer zufrieden stellen.

▶ Ebenfalls gibt es natürlich die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, welche sich um Verstöße in diesen Bereichen kümmern.

An diese Stellen wird im Prinzip eine Zusammenfassung des bisherigen Beschwerdeweges geschickt oder wie bei den Verbraucherzentralen mit den entsprechenden Unterlagen vorbeigegangen.

Die aufgeführten Beschwerdestellen geben natürlich nur einen kleinen Überblick wieder. Für ein spezifisches Problem muss oft erst die richtige Ansprechstelle herausgesucht werden.



Leserbriefe

Leserbriefe sind eine Möglichkeit, in Zeitungen oder Zeitschriften die eigene Meinung zu einem Thema kund zu tun. Teilweise ist dies auch über eine Kommentarfunktion auf der Internetseite möglich.

Die Anschrift für einen Leserbrief findet sich entweder unmittelbar auf der Leserbriefseite, in der Leserbriefrubrik oder im Impressum. Bei den Lokalteilen von Tageszeitungen gibt es meist ein eigenes Impressum für die lokale Anschrift der Redaktion.

Ob ein Leserbrief abgedruckt wird, hängt von vielen Faktoren ab. Da ist natürlich der eigene Schreibstil, ob das Thema für Leser interessant ist, die Anzahl bereits eingegangener Leserbriefe und einiges mehr. Auch die politische Ausrichtung der Publikation spielt eine Rolle.

Es kommt bei Leserbriefen hauptsächlich auf Hartnäckigkeit und angemessenen Schreibstil an. Dann klappt es auch ab und zu. Die Texte können anderweitig genutzt werden: Ein nicht veröffentlichter Leserbrief kann etwa im eigenen Blog gebracht werden.

Offene Briefe/offene Emails

Offene Briefe (Emails sind immer mit gemeint) sind dadurch charakterisiert, dass eine Beschwerde oder Anfrage auch an die Presse geschickt wird.

Bei einer offenen Email wird die Presse-Mail-Adresse in das BCC*:-Feld gesetzt, ebenso eventuelle sonstige Interessierte

* englisch: Blind Carbon Copy - „Blinde Kopie“ - diese Mail-Adressen sind für andere Empfänger nicht sichtbar

(z.B. Bürgerinitiativen). Die hauptsächlich Angesprochenen werden dagegen direkt angemailt (AN:-Feld). Im Brief wird lediglich angegeben, dass die Presse ebenfalls informiert wurde.

Hauptadressat(en) bei einem offenen Brief sind sowohl Politiker und Parteien, als auch Firmen oder andere Institutionen. Sprich jeder, an den sich eine Anfrage oder Beschwerde richtet.

Ein weiterer Effekt des offenen Briefes ist die quasi öffentliche Dokumentation. Es wird für den Empfänger schwerer, hinterher zu behaupten, dass er von einem Umstand nichts gewusst habe.

Abmahnung auf Unterlassung

Abmahnungen auf Unterlassungen sind durch den übermäßigen Gebrauch durch Urheberrechte-Verwerter und spezialisierte Anwaltskanzleien in der Bevölkerung in Verruf geraten. Allerdings ist eine Abmahnung keineswegs auf Urheberrechtsfragen festgelegt.

Eine Abmahnung auf Unterlassung kann auch in anderen Fällen eingesetzt werden. Wenn der Briefkasten trotz dem Schild „Keine Werbung“ mit Werbung überquillt, können Werbende auf Unterlassung abgemahnt werden. Natürlich sollte der Zusteller vorher auf dem Beschwerdeweg aufgefordert worden sein, die Werbung abzustellen. Wenn sich allerdings auch dann nichts tut, kann abgemahnt werden.

Eine Abmahnung kann jeder verfassen und den entsprechenden Stellen zustellen.

Beispieltext für eine Abmahnung bzgl. Werbung:

BEISPIELTEXT

Betreff: Abmahnung und Unterlassungserklärung

Sehr geehrte Damen und Herren,
Am (Datum) [eventuell Aufzählung] hatte ich unerwünschte Werbung im Briefkasten woraufhin ich mich beschwerte.

Trotz mehrfacher Aufforderung und eindeutiger Markierung hat die [Werbender bzw. Werbeüberbringer] weiterhin unerwünschte Werbung zugestellt (siehe auch Urteil BGH Az VI ZR 182/88).

Dies stellt eine Verletzung meines Persönlichkeitsrechtes dar und begründet einen Unterlassungsanspruch (aus § 823 I BGB in Verbindung mit § 1004 BGB bzw. §§ 903, 1004, 862 BGB). Ich fordere Sie auf, derartige Werbung ab sofort zu unterlassen und die anliegende Unterlassungserklärung bis zum [Fristsetzung 4 Wochen] rechtsverbindlich zu unterzeichnen und an mich zurück zu senden.

Außerdem muss ich Sie bitten, mir die entstandenen Kosten (Verwendung findet mein gewöhnlicher Stundensatz) und Auslagen bis zum [Fristsetzung 4 Wochen] auf unten genanntes Konto zu erstatten: [Auflistung der entstanden Kosten und Auslagen, wie Zeitaufwand für Recherche, Porto, Verfassen des Schreibens]

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht fristgerecht nachkommen, wird gegen Sie eine auf Unterlassung gerichtete einstweilige Verfügung beantragt. Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen.

Neben dem Text selber müssen natürlich Anschriftenfeld, eigene Anschrift, aktuelles Datum und Unterschrift angegeben werden. Als Konto empfehle ich ein Sparbuch, da Einzahlungen per Überweisung möglich sind, allerdings keine Lastschriften oder ähnliches. Dadurch ist die Missbrauchsgefahr stark gemindert.



Beispieltext für eine Unterlassungserklärung:

BEISPIELTEXT

Unterlassungserklärung

[Anschrift der Seite, die es unterlassen soll] gegenüber
[Eigene Anschrift]

Die [Name der Gegenseite] verpflichtet sich, bei Vermeidung einer für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe von EUR [Zahl] ([Vertragsstrafe in Worten]) zu unterlassen, [Eigener Name] unverlangt jegliche Werbung an die Adresse: (Adresse oder Emailadresse genau bezeichnen, ansonsten ist es zu unbestimmt) zu zusenden bzw. zu übermitteln.

Ort und Datum,

(rechtsverbindliche Unterschrift)

Die entsprechenden Texte sind nur Vorschläge, sie müssen natürlich an den persönlichen Bedarf und die Rechtslage angepasst und entsprechend formatiert werden. Die Zustellung von Abmahnung und Unterlassungserklärung kann natürlich auch per Email erfolgen. Juristen raten zwar zum postalischen Weg, oder per Fax, allerdings sagt die Rechtsprechung, dass auch eine Abmahnung per Email Rechtsgültigkeit erlangen kann.

Wichtig sind konkrete Zahlen und Fakten. Es sollte also genau angegeben werden, welche Werbung wann gekommen ist. Je konkreter die Belege, desto besser. Natürlich müssen derartige Werbesendungen als Beleg aufgehoben werden. Zudem ist eine Kennzeichnung mit Zustellungsdatum hilfreich. Je exakter die Informationen erfasst werden, desto einfach ist hinterher die Beweislage vor Gericht, falls es zu einer Verhandlung kommt.

Keinesfalls sollten Erwidierungsschreiben der abgemahnten Stelle weggeworfen werden. Relevant können derartige Schreiben zum Beispiel vor Gericht werden.

Bei Abmahnungen besteht immer ein gewisses Risiko, insbesondere in Form einer negativen Feststellungsklage. Dieses Risiko muss einem klar sein. Die Drohung mit der eigenen Klage sollte keine leere sein. Wird das unerwünschte Verhalten abgestellt, obwohl keine Unterlassungserklärung erfolgt ist, ist das eigentliche Ziel erreicht.

Es gibt natürlich noch weitere Möglichkeiten für Abmahnungen auf Unterlassung. Praktisch in allen Fällen, wo in den persönlichen Lebens-Bereich eingegriffen wird. Da sich konkrete Fälle häufig unterscheiden, kann natürlich keine pauschale Aussage gemacht werden. Auch hier hilft eine Recherche, welche rechtlichen Möglichkeiten in einem konkreten Fall zur Verfügung stehen.



Klagen

Die Abmahnung auf Unterlassung kann in einigen Fällen vor einer Klage ausprobiert werden. Dadurch werden meist die Finanzen geschont und der eigene Zeitaufwand minimiert.

Die Vielfalt der Klage-Möglichkeiten ist gigantisch. Allein schon aus diesem Grund ist eine Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt unbedingt zu empfehlen. Der Anwalt sollte natürlich in dem entsprechenden Rechtsgebiet möglichst kundig sein. Nur so kann dieser mit den relevanten Urteilen vertraut sein. Denn vor Gericht zählen nicht allein die Gesetze, sondern auch die Kommentare und Rechtsprechung dazu.

Nun muss sich jeder selbst fragen, ob ein Umstand eine Klage wert ist, und wie es mit dem finanziellen Risiko im Einzelnen aussieht. Ebenfalls in die Überlegungen sollten die Konsequenzen mit einbezogen werden. Schließlich kann sich am Ende selbst das günstigste Urteil als Pyrrhussieg herausstellen.

Allerdings würde ich mich trotz allem nicht von einer Klage abhalten lassen, um etwas durchzusetzen oder zu verhindern, was mir wirklich wichtig ist. Zudem ist wie gesagt, eine Beratung beim Anwalt möglich. Diese Beratung kostet zwar auch etwas, dass dürfte aber weniger sein, als hinterher bei einer Klage auflaufen könnte. Zumal es für Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln die Möglichkeit der Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe gibt.



Fotos: CC-BY-SA: Tobias M. Eckrich

Demonstration

Eine öffentlichkeitswirksame Methode, auf einen Missstand aufmerksam zu machen oder für eine bestimmte Meinung Flagge zu zeigen, ist die Demonstration unter freiem Himmel. Unter freiem Himmel deswegen, weil dort eine Demonstration besonders öffentlichkeitswirksam ist. Die rechtlichen Details sind im jeweils gültigen Versammlungsgesetz zu finden.

Eine reguläre Demonstration muss 48 Stunden vor der Bekanntgabe der Demonstration angemeldet werden. Eine Genehmigung ist nicht notwendig, die Anmeldung genügt. Einzige Ausnahme ist, wenn die Demonstration von amtlicher Seite her untersagt wird. Dies ist möglich, wenn durch die Demonstration die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird (Versammlungsverbot).

Ein Versammlungsverbot bedarf einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung. Was häufig vorkommt, sind bestimmte Auflagen, die sich nach den konkreten Umständen der Demonstration richten. Zu diesen Auflagen können zum Beispiel eine bestimmte Anzahl von Ordnern zählen, die für einen reibungslosen Ablauf der Demonstration sorgen sollen. Es empfiehlt sich im Allgemeinen mit der Veröffentlichung zu warten, bis die Bestätigung und eventuelle Auflagen eingetroffen sind.

Eine Auflösung der Versammlung durch die Polizei ist möglich:

- ▶ bei einer Abweichung von der Anmeldung
- ▶ wenn diese bereits verboten wurde
- ▶ bei Verstößen gegen andere Punkte des Versammlungsgesetzes.

Darüber hinaus darf die Polizei Teilnehmer von der Versammlung ausschließen.

Das Bundesversammlungs-gesetz schränkt nicht ein, wer Eigentümer des Grundstücks sein muss, damit eine Anmeldung erforderlich ist, sodass auch bei einer Demonstration auf einem Privatgrundstück diese angemeldet werden muss. Auf Grundstücken von Firmen, die zu einem signifikanten Teil dem Staat gehören, sind Demonstrationen gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (Az. 1 BvR 699/06) erlaubt. Das gilt zum Beispiel für Bahnhöfe und viele Flughäfen.

Der in der Anmeldung benannte volljährige Leiter der Demonstration hat das Hausrecht bei der Demonstration. Die Teilnehmer haben den Anweisungen Folge zu leisten. Sollte sich der Leiter nicht durchsetzen können, so muss die Demonstration beendet werden. Ebenfalls können Ordner benannt werden, welche den Demo-Leiter unterstützen. Ordner müssen bei der Anmeldung beantragt werden, da eine polizeiliche Genehmigung notwendig ist. Es empfiehlt sich für den Leiter, in der Anmeldung einen Vertreter zu benennen. Bei der Anmeldung sollte der gewünschte Marschweg der Versammlung möglichst konkret angegeben werden. Überlegt auch schon mal eventuelle Alternativen, falls der Wunschweg nicht genehmigt wird. Es ist sinnvoll, den Demoweg auf einem Stadtplan einzuzichnen und den Anmeldeunterlagen beizulegen. Beim Zeitbedarf sollte großzügig kalkuliert werden. Es ist möglich, dass die Demonstration länger dauert. Zeitdruck ist hier ungünstig. Prinzipiell kann und darf die Polizei nach dem Ende des angemeldeten Zeitraumes eine Demonstration auflösen.

Das Thema der Veranstaltung darf in der Anmeldung nicht fehlen. Treten Redner auf, empfiehlt sich hier die Angabe ‚wechselnde Personen‘ und natürlich auch der Punkt, dass eine Lautsprecherverstärkung eingesetzt werden soll. Ebenfalls sollten Dinge angegeben werden, welche auch nur möglicherweise eingesetzt werden. Die Anzahl der potentiellen Teilnehmer zu ermitteln, ist ohne Erfahrungen nicht ganz einfach. Es dürfte bei Anmeldung gut sein, einfach die Angabe ‚voraussichtlich XXX Personen‘ aufzunehmen. Ist nach der Anmeldung absehbar, dass mehr Personen teilnehmen werden, so sollte das entsprechend mitgeteilt werden.



Kundgebungsanmeldung:

BEISPIELTEXT

Betreff: Kundgebungsanmeldung

Tag/Uhrzeit: Datum, Zeitraum

Ort:

Thema:

Veranstalter:

Ansprechpartner:

Name, Anschrift, Tel, Geburtsdatum

Versammlungsleiter:

Name, Anschrift, Tel, Geburtsdatum

Stellvertreter:

Name, Anschrift, Tel, Geburtsdatum

Voraussichtliche Anzahl der Teilnehmer:

Als Redner treten auf: wechselnde Personen

Einsatz elektronischer Verstärker:

Wird beantragt (1 Megafon)

Kundgebungsmittel: Flyer, Transparente, Megaphon, Unterschriftenlisten, Flaggen, Biertischgarnitur, Pavillon, Musikanlage, Bollerwagen, Schilder, Trillerpfeifen usw.

Auf die Demonstration sollte natürlich an möglichst vielen Stellen aufmerksam gemacht werden. Das kann durch Plakate passieren oder auch auf entsprechenden Internetseiten. Während der Demonstration kann man unter Umständen auch mit dem einem oder anderen sprechen, um zu erfahren, welche Werbemethode besonders erfolgreich war. Reinigungskosten und Reinigungspflicht können durchaus auferlegt werden. Weitere Kosten konnte ich bei der Recherche nicht ausmachen. Desweiteren kann die Versammlungsleitung haftbar gemacht werden, wenn nach Verstößen die Versammlung nicht aufgelöst wird. Gebühren für die Durchführung der Demo an sich dürfen laut Bundesverfassungsgericht nicht genommen werden.

Es ist möglich, dass eine Demonstration abgesagt werden muss. Dies sollte überall dort kommuniziert werden, wo auch zu der Demo aufgerufen wurde. Dies gelingt am einfachsten, wenn man sich gemerkt hat, wo man Werbung gemacht hat. Pressemeldung und eine Absage bei den Behörden ist in jedem Fall das Minimum. Eine öffentliche Demonstration in geschlossenen Räumen muss gemäß Versammlungsgesetz nicht angemeldet werden. Ansonsten gelten ähnliche Regeln wie für Demonstrationen unter freiem Himmel.

Petitionen

Damit jeder die Politik und Verwaltung auf Probleme aufmerksam machen kann, gibt es die Möglichkeit Petitionen einzureichen. Eine Petition bedeutet wortwörtlich, sich mit einem Ersuchen oder einer Beschwerde an eine Behörde, die Politik oder eine andere zuständige öffentliche Stelle zu wenden.

Petitionen sind eher unverbindlich. Das heißt, jeder kann seine Meinung gegenüber einer öffentlichen Einrichtung kund tun, Forderungen stellen, aber diese müssen deshalb nicht unbedingt umgesetzt werden. Eine Bearbeitung muss dennoch stattfinden.

Das Petitionsrecht geht aus dem Grundgesetz (Artikel 17) hervor: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Begehren

Die Petitionen sind recht unverbindlich. Bei Begehren ist dies anders. Im Rahmen eines Begehrens wird auf eine vom Volk zu entscheidende Abstimmung hingearbeitet, welche für Politik und Verwaltung bindend ist.

Hinweis:

Ausführlich werden diese Themen noch in dem Buch Jederbeteiligung, welches derzeit in Vorbereitung ist, behandelt. Das Buch entsteht derzeit unter http://www.bookrix.de/_ebook-ulrics-jederbeteiligung/ und kann dort auch zukünftig als EPUB* abgerufen werden. Es wird unter einer CC-Lizenz stehen, kann deshalb auch problemlos geteilt oder im Unterricht genutzt werden.



* ein E-Book Datenformat





Wie kürzt man diese neuen Namen eigentlich ab?

Die Kolumne heißt weiterhin GEZÖRRe. Dies liest sich einfach besser. Ich habe mir aber trotzdem mal Gedanken gemacht, wie denn eine Abkürzung für den „Beitragservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio“ aussehen könnte. ARD und ZDF sind zwar schon Abkürzungen, aber ich kürze diese einfach trotzdem mal ab. Demnach ginge als Abkürzung BvAZuD, BAZuD oder BAZD. In Kombination mit ÖRR für öffentlich rechtlicher Rundfunk liest sich das dann BvAZuDÖRRe, BAZuDÖRRe oder BAZDÖRRe. Das klingt für mich alles nicht so toll. Natürlich können die Leser dies abstimmen. Wenn mehr als 100 Emails oder Briefe für einen der Titel eingehen und dies mehr als 50 Prozent der Einsendungen zum Thema darstellt, so werden wir diesen natürlich übernehmen. Einsendeschluss für diese Aktion ist der Erscheinungstermin des nächsten Kompass, im August.

Vielleicht werden bis August auch bereits die ersten Urteile gegen die Rundfunksteuer gefällt sein, wobei es wahrscheinlich ist, dass die neue GEZ dagegen Revision einlegen wird. So würde ich jedenfalls die Reaktion auf meine letzte Email interpretieren. Sinngemäß stand drin, dass die neuGEZ meine Zahlung unter Vorbehalt nicht akzeptiert, weswegen ich in meiner Antwort auf die derzeitige Prüfung der Rechtmäßigkeit des Landesrundfunkstaatsvertrages verwiesen habe. Wer weiß, ob sich im Gerichtsverfahren nicht herausstellt, dass die Forderungen der neuGEZ unberechtigt hoch sind oder gar nicht gestattet sind. Wobei es in meinen Augen nicht relevant ist, ob die Zahlung unter Vorbehalt als solche akzeptiert wird. Im Zweifelsfall werden diese einseitige Erklärung eh die Gerichte beurteilen. Die Zahlung unter Vorbehalt sollte immer begründet werden, damit die Rechtsansprüche auch möglichst sicher sind. Ich werde jedenfalls jetzt einfach abwarten, zahlen und wenn die Urteile kommen, mein Geld zurückfordern. Ich kann jedem nur empfehlen, die Zahlungen auch unter Vorbehalt zu setzen. Wenn alle das machen würden, dann wäre der ÖRR pleite, falls das entsprechende Urteil kommt.

DIE ANDEREN

FRACKEN BIS DER ARZT KOMMT

FDP und CDU fördern das umweltschädliche Gasbohren

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

In der heimischen Erde nach Gas und Öl bohren: dazu hat sich die FDP bekannt: als neue Fracking-Partei-Deutschland! Wie immer „wirtschaftsfreundlich“: alle großen Ölmultis und Gasförderer sind beim Fracken dabei. Exxon, Wintershall und wie sie alle heißen.

Außerdem spielt ihnen das altdeutsche Bergrecht in die Hände, dessen Wurzeln schon in den ältesten hochmittelalterlichen Gesetzestexten zu finden sind. Die Förderung der Bodenschätze ist auch 2013 immer noch obrigkeitstaatlich. Das Bergrecht sieht weder Beteiligung noch Grundrechte vor. „Bergfreie“ Rohstoffe wie Erze, Salze und fossile Energieträger sind auf Antrag auch gegen den Willen des Grundstückseigentümers ausbeutbar. „Bergrecht bricht Grundrecht“, wissen die Juristen, und gegen EU-Recht verstößt es allemal.

Wer vermutet, im Untergrund sei etwas Förderungswürdiges, beantragt eine Aufsuchungserlaubnis. Bestätigt sich die Vermutung, wird ein Betriebsplan aufgestellt. Der wird dann von der Bergbehörde genehmigt. Der Landbesitzer kann nur noch verkaufen, verpachten, oder er wird enteignet, wie dies vielfach beim Braunkohletagebau geschieht.

Beim Fracken wird die senkrechte Bohrung nach Erreichen der erdgasführenden Schichten sternförmig waagrecht bis zu 2 Kilometer in alle Richtungen verzweigt und umgeleitet, und dann wird da mit Hochdruck wasserkritische Chemie hineingepumpt. Schon für Probebohrungen werden eigene GmbHs gegründet, die bei irgendwelchen Folgeschäden nur mit ihrem relativ geringen Kapital haften. Der Grundstücks-Eigentümer bleibt auf den Ewigkeitslasten sitzen. Exxon beispielsweise frackte in Stemwede (NRW) mit Erlaubnis der ehemaligen CDU-FDP-Landesregierung mit 26.000 Liter Dieselöl. Ein Teil davon drang beim „Lagerstätten-Drucktest“ irgendwo in der Tiefe aus dem Rohr aus und in den Untergrund ein. Bisher konnte nur ein Teil wieder abgepumpt werden. Da ist eine Riesensauerei angerichtet worden, keiner weiß, wie es weitergeht. Hauptsache die Exxons dieser Welt kommen billig an die Rohstoffe, der Umweltschaden wird letztenendes von der Gesellschaft getragen.

Die Piratenpartei fordert die Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse auch in diesem Bereich, die Abschaffung des Bergrechts und statt dessen Einführung eines Bundesumweltgesetzbuches und dreidimensionaler Raumplanung. Fracking nach Erdgas und -Öl ist eine extrem aufwändige Hochrisiko-Technologie mit unabsehbaren Folgeschäden und muss genauso verboten werden, wie der Braunkohletagebau.

Dank an @danebod

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an Ihren Bürgermeister, Abgeordneten oder Ihre Umweltbehörde schicken!

**Gasbohren/Fracking kann das Trinkwasser schädigen!
Ich fordere Sie auf, allen Fracking-Projekten nicht zuzustimmen.**

Das Risiko ist zu groß!

KOMPASS

LASS MEIN WASSER IN RUHE

DAS POLITISCHE GESPRÄCH

Steuerexpertin Melanie Kalkowski ist den Mitgliedern der Piratenpartei in NRW und im Bund ein Begriff. Auf der Aufstellungsversammlung in Meinerzhagen wurde sie auf Platz 1 der Landesliste gewählt.

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX



FINANZ-, UND WIRTSCHAFTSEXPERTIN MELANIE KALKOWSKI IM KOMPASS-INTERVIEW

Wer ist Melanie Kalkowski?

Hallo Jürgen! Ich bin 35 Jahre alt, verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Mit meiner Familie lebe ich in Marl, einer Stadt mitten im Ruhrgebiet. Dort arbeite ich auch im Finanzamt. Seit einiger Zeit befasse ich mich dort schwerpunktmäßig mit der Unternehmensbesteuerung.

Seit November 2011 bist Du Mitglied der Piratenpartei. Was hat Dich bewegt Dich politisch zu engagieren?

Die Themen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit begleiten mich eigentlich schon immer und waren für mich in der Vergangenheit situativ immer wieder Anlass, aktiv zu werden und mich zu engagieren. Als parteilose Bürgerin wurde ich dabei im besten Fall belächelt - aber sicherlich nicht ernst genommen. Die etablierten Altparteien haben mich mit ihrem Filz eher noch abgeschreckt. Bei den Piraten wurde ich neugierig. Mit ihren Inhalten konnte ich mich identifizieren.

Kritisch und beladen mit vielen Vorurteilen habe ich mich dann viel später aufgerafft, mal einen Stammtisch persönlich zu besuchen. Die Authentizität und vor allem die ehrliche und offene Art, politische Debatten zu führen, hat mich beim Besuch meines ersten Landesparteitages endgültig beeindruckt.

Wie würdest Du Dich politisch einordnen?

Ich engagiere mich für soziale Gerechtigkeit. Die klassischen Begrifflichkeiten sowie das dazugehörige Schubladendenken halte ich für überholt. Ich stehe für eine progressive Politik. Eine Politik, die neue Möglichkeiten nutzt und allen Menschen erschließt. Eine Politik, die den Bürger tatsächlich in den Mittelpunkt rückt, und zwar durch echte Beteiligung statt der üblichen Lippenbekenntnisse. Egal wie sehr die anderen uns Piraten derzeit zu kopieren versuchen: Wir sind und bleiben die einzige echte Mitmach-Partei!

Du kandidierst für einen Sitz im Parlament. Solltest Du im September in den Bundestag gewählt werden: Welche politischen Themen/Ziele hast Du Dir gesetzt?

Ganz konkret möchte ich mich persönlich beispielsweise für die Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung einsetzen. Eine Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln von Abgeordneten ist ebenfalls längst überfällig. Man kann keine Transparenz durch weitere Stufenmodellregelungen und dergleichen schaffen. Der Wähler soll konkret wissen, wen er alles mitwählt, wenn er manch namhaften Politikern seine Stimme gibt.

Ein verbindliches Lobbyregister für den Deutschen Bundestag steht daher ebenfalls ganz oben auf meiner politischen Wunsch-

liste. Insgesamt ist es mir wichtig, dass die Politik endlich nachvollziehbar darstellt, wie es zu den Entscheidungen kommt. Das dient zum einen der Korruptionsbekämpfung, und zum anderen ermöglicht erst dieser Schritt dem Bürger, an den Entscheidungsfindungen überhaupt teilzuhaben. Geradezu pathetisch klingt mein Wunsch nach Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Wer heute von „sozialer Gerechtigkeit“ spricht, spricht dabei auch meist von staatlicher Intervention in die Gesellschaft. In diesem Zusammenhang fordere ich ein gerechteres Steuersystem, das möglichst klar, transparent und sozial ausgewogen gestaltet sein soll.

„ BÜRGER-TEILHABE STATT LOBBY-POLITIK “

Seit Jahren ist die viel zitierte Schere zwischen Arm und Reich immer größer geworden. Dennoch wurden zugleich die Spitzensteuersätze immer weiter gesenkt. Ich bin davon überzeugt, dass Bürger mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mehr zur Staatsfinanzierung beitragen können und dies auch wollen. Um unsere Vorhaben auch finanzieren zu können, muss die Belastung durch Steuern dabei sozial gerecht erfolgen.

Was wären konkrete Maßnahmen hierzu?

Als erstes ist es überfällig, einen bundesweiten Mindestlohn einzuführen. Zahlreiche konkrete Möglichkeiten für mehr

Transparenz in der Politik habe ich ja gerade schon angerissen, die Abschaffung des Ehegattensplittings im Steuerrecht fordern wir ebenfalls bereits. Eine Erhöhung der persönlichen Freibeträge im Einkommensteuerrecht halte ich ebenfalls für dringend geboten. Gerade der Grundfreibetrag soll beispielsweise sicherstellen, dass der Anteil des Einkommens, der für den Lebensunterhalt absolut notwendig ist (Existenzminimum), nicht mit Steuern belastet wird. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, das Existenzminimum für sich und seine Kinder aus unversteuertem Einkommen bestreiten zu können.

Als weitere konkrete Maßnahmen sind Neubewertungen diverser Steuerprivilegien zu nennen, zum Beispiel die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze in der Umsatzbesteuerung, und sicherlich auch die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Diese sollte das Steuersystem einfacher und gerechter gestalten – wie zuvor übrigens schon viele Steuerreformen. Sie ist in meinen Augen in der vorliegenden Form aber unsystematisch und ungerecht.

„STEUERPRIVILEGIEN WEG, MINDESTLOHN HER“

Vermögende Anleger profitieren aktuell von der Abgeltungsteuer. Ihre Steuerlast fiel nach unten, da sie Zinsen seit der Einführung der Abgeltungssteuer nicht mehr mit dem persönlichen Steuersatz von bis zu 42 Prozent, sondern nur noch mit 25 Prozent (inklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer rund 28 Prozent) versteuern müssen. Ein weiterer Effekt der mit Einführung der anonymen, pauschal abgeführten Steuer einhergeht, besteht darin, dass ab 2009 viele vermögende Deutsche für das Finanzamt rechnerisch ärmer geworden sind, da ihre Kapitaleinkünfte nicht mehr im persönlichen Steuerbrutto auftauchen. Das hat zur Folge, dass mit dem sinkendem Jahreseinkommen vielen Vermögenden die Reichensteuer erspart bleibt. Dadurch kommen sie auch bezüglich ihrer anderen Einkünfte in den Genuss ungeahnt niedriger persönlicher Steuersätze.

Du bist Finanzbeamtin, hast Steuerrecht studiert und Sprecherin des AK Wirtschaft und Finanzen NRW. Siehst Du in diesem Bereich Deinen politischen Schwerpunkt?

Ganz klar: Der Finanzausschuss im Bundestag ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt. Letztlich geht es in der Politik und in den Haushaltsberatungen doch immer wieder darum, wie Einnahmen generiert werden und welche Ausgaben getätigt werden. In vielen Bereichen wird aber auch über die

Budgets die Politik ganz anderer Bereiche „durch die Hintertür“ gestaltet. Da werden wir uns in einer künftigen Piraten-Bundestagsfraktion ganz eng vernetzen und austauschen müssen. Insgesamt sind wir da bundesweit toll aufgestellt.

Wie stehst Du zu Themen wie der Aushöhlung der Bürgerrechte, dem Aufbau eines Überwachungsstaates etc.?

Unsere Bürgerrechte sind hart erkämpft und diese Privilegien werde ich immer verteidigen. Ich möchte in keinem Überwachungsstaat leben. Unsere Partei ist letztlich die einzige, die sich dem Aufbau eines Überwachungsstaates und der Aushöhlung der Bürgerrechte in aller Konsequenz entgegenstellt. Forderungen nach weiteren Verschärfungen der Überwachungsgesetze sind in meinen Augen absurd. Ich möchte jeden bitten, der diese Themen für sich als nicht wichtig einstuft, sich einmal kurz vorzustellen, nicht sagen zu dürfen, was wir denken! Sich vorzustellen, für unsere Ansichten sogar bestraft und inhaftiert werden zu können. Sich vorzustellen, unsere Medien und Behörden dürften vor uns wichtige Informationen zurückhalten! Allein der Staat entscheidet, was wichtig ist und was eher nicht. Dies ist in anderen Ländern leider heute noch Wirklichkeit. Die Gefahr der Bedrohung, angefangen bei Folter bis hin zur Ermordung, ist dort noch heute allgegenwärtig.

„ABSURDE ÜBERWACHUNG!“

Sowohl bei der Vorratsdatenspeicherung als auch bei der Videoüberwachung ist inzwischen mehrfach empirisch bewiesen, dass diese keinen positiven Effekt auf die Aufklärungsraten und die Verbrechensbekämpfung haben. Wir gewinnen dadurch kein Mehr an Sicherheit, sondern verlieren dabei unsere Rechte.

Jede Meinung, die einem Staat missfällt, ist in einer Gesellschaft ohne Meinungsfreiheit der Gefahr ausgesetzt, zensiert, verfolgt oder bestraft zu werden. Doch kritische Fragen und Meinungen sind wichtig. Die Freiheit, sich entfalten zu können, die Freiheit, in seinem Denken und Reden frei zu sein, bleibt unermesslich wichtig. So wichtig, dass ich jederzeit wieder wie dieses Jahr im Februar an einem Tag der Überwachung freiwillig frieren werde, um das auch nur einer weiteren Person zu vermitteln, die ich über das Internet nicht erreichen kann. Aber glücklicherweise ist der nächste Tag der Überwachung diesmal am 1. Juni im Sommer und ich hoffe, dass sich auch diesmal wieder viele Piraten mit Aktionen und Infoständen daran beteiligen werden!

Du setzt Dich unter anderem für „Equal Pay“ ein, kannst Du unseren Lesern etwas mehr zu dem Thema sagen?

Equal Pay hat viele Facetten. Grob gesagt fordert Equal Pay gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Das bedeutet unter anderem auch eine gleiche Bezahlung für Frauen und Männer. Das Geschlecht darf im Arbeitsleben keine Rolle spielen. Wir brauchen deshalb endlich neben weiteren erforderlichen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch mehr Sensibilität für das Thema Entgeltgleichheit. Ich unterstütze deshalb die Idee eines Entgeltgleichheitsgesetzes. Ein regelmäßiger Lohnspiegel, aus dem die Bezahlung von Frauen und Männer im Betrieb ersichtlich sind, wäre da ein guter erster Schritt.

„EQUAL PAY IST GLEICHE BEZAHLUNG FÜR GLEICHE ARBEIT.“

Equal Pay zielt jedoch nicht nur auf die unterschiedlich Entlohnung von Frauen und Männern ab. Zeitarbeiter werden noch immer deutlich schlechter entlohnt als sogenannte „stammbeschäftigte“ Mitarbeiter. Insbesondere bei Krankheit, Urlaub und Überstunden fällt dies besonders ins Gewicht. Dabei erhalten Leiharbeiter deutlich weniger Geld. Mit der Forderung nach Equal Pay setze ich mich daher auch dafür ein, einem Leiharbeitnehmer für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher ein Arbeitsentgelt in gleicher Höhe zu zahlen wie einem vergleichbaren Arbeitnehmer des Entleihers.

Abschließend noch folgende Frage: Wenn Du nach Berlin gehst, was wird Dir am meisten aus Deiner Heimat, dem Ruhrgebiet fehlen?

Ich bin ein Kind des Ruhrgebietes, ein „Pottkind“. Hier ist meine Familie, hier ist meine Heimat. Die Menschen in meinem Umfeld sind mir natürlich ans Herz gewachsen und die offene und direkte, aber dabei auch immer herzliche Art der Menschen wird mir sicherlich fehlen. Aber natürlich bin ich auch super neugierig auf Berlin!

Melanie Kalkowski, vielen Dank für das Gespräch.



STOFF FÜR MÜNDIGE MENSCHEN

Drogenpolitik auf wissenschaftlicher Basis statt auf gescheiterten Wegen

ANDREAS ROHDE/ANDI_NRW

Im Wahlkampf NRW hieß es: „Die Piraten NRW stehen für eine liberale Drogenpolitik. Wir wollen Stoffe jedweder Art auf Basis wissenschaftlicher Untersuchungen anstelle dogmatischer Betrachtungen bewerten. Die praktizierte Tabuisierung des Themas lehnen wir ab, da sie Präventionsmaßnahmen behindert und Süchtige kriminalisiert, anstatt ihnen Hilfe anzubieten.“ Was ist heute der Stand der Dinge, wenn es um Drogenpolitik der Piraten geht?

Foto: CC BY-NC-ND Renaude Hatsedakis/StockXchange

Die AG Drogen- und Suchtpolitik entwickelt ihr Thema seit vier Jahren ständig weiter. Nachdem wir für den Parteitag in Bochum ein umfangreiches Wahlprogramm eingereicht hatten, das leider nicht zur Abstimmung kam, haben wir zusammen mit vielen weiteren Themengruppen und Interessierten im Laufe des letzten Vierteljahres an der Initiative „Gemeinsames Wahlprogramm“ teilgenommen. Dabei wurde unser Programm nochmals erweitert, aber auch gestrafft. Wir glauben, dass wir damit auf dem Weg zur einer repressionsfreien, piratigen Drogenpolitik sind, die das ermöglicht, was die bekannten Wege nie erreichten. Alles, was politisch in den vergangenen 40 bis 50 Jahren gemacht wurde, setzte im Kern auf Druck und Zwang. Erfolglos in jeder Hinsicht.

Was ist denn nun diese piratige Drogen- und Suchtpolitik? Einfach nur Strafen wegnehmen oder steckt mehr dahinter?

Nein, es ist sehr viel mehr. Es ist eine Philosophie, die andere Länder übrigens schon sehr erfolgreich praktizieren: Blinde Kriminalisierung ist kontraproduktiv. Strafen verhindern effektiven Verbraucher- und Jugendschutz. Damit bleiben illegale Drogen der Goldesel des organisierten Verbrechens. Wir wollen das beenden. Wir wollen uns der gesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Hier einige Punkte aus unserem Programmentwurf angerissen:

Wir sprechen in der Präambel von einem Neustart der Drogen- und Suchtpolitik, wenden uns dann dem Bereich Prävention zu, sagen **Mündigkeit braucht Bildung**, fordern nachhaltige Prävention an Schulen und sehen Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht nahtlos über in den Bereich **Verbraucherschutz**, wo wir konsequenterweise ein Werbeverbot für Drogen fordern und Drogenkonsumenten das Recht auf einen hürdenfreien Verbraucherschutz zusprechen. Kein Schwarzmarkt gewährleistet das. Dann kommen wir zu medizinischen Fragen. Etwa die Schwerstabhängigen-Betreuung, wo wir als Alternative zu den bekannten Methadonprogrammen den **Diamorphineinsatz** fördern wollen. Dann muss der Zugang zu medizinischem Cannabis zwingend erleichtert werden. In der Praxis ist es für viele Patienten auch heute noch zu umständlich und beschränkt sich auf chemische Extrakt-Präparate. Die sind sehr teuer und daher ohne Kassenleistung für die meisten Kranken nicht erschwinglich. **Wir wollen, dass die Leute sich „Gras“ kaufen und selbst anbauen können.** Eine Novellierung des Bundesbetäubungsmittelgesetzes ist die nötige Basis für viele der von uns geforderten Änderungen. Im Zusammenhang mit Drogen und

Sucht werden auch regelmäßig Bürgerrechte und Datenschutz missachtet. Hier wollen wir die **informationelle Selbstbestimmung stärken.**

Dann sind wir beim Problem des Führerscheinentzugs. Immer öfter fungiert das als Ersatzstrafe dort, wo zum Beispiel aufgrund der Mindermengenregelungen das Strafrecht nicht greift. Die sozialen Folgen sind für die jährlich tausenden Betroffenen oft dramatischer als jedes Gerichtsurteil.

Gegen die Verdrängung der E-Zigarette

Thema E-Zigarette: Teile der Politik wecken entgegen anderlautender wissenschaftlicher Erkenntnisse bewusst diffuse Ängste. Man muss sich schon fragen, warum? Denn die E-Zigarette ist definitiv nur einen Bruchteil so schädlich wie die normale Zigarette. Trotzdem wird versucht, sie mit aller Macht vom Markt zu verdrängen. Wir möchten die Tabaksteuer in eine zweckgebundene Abgabe umwandeln. So möchten wir dafür sorgen, dass das Steueraufkommen tatsächlich dort landet, wo es auch sinnvoll wirken kann, nämlich im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Alkohol-Werbung wollen wir unterbinden und die Deklarationspflicht in diesem Bereich verbessern.



MEHR DEMOKRATIE mit der Ständigen Mitgliederversammlung?

CC ZERO STEFAN MÜLLER

Werkzeuge für die innerparteiliche Meinungsbildung in einer schnell wachsenden Partei, die auf ein klassisches Delegierten-System verzichtet: Zwar kann das einzelne Mitglied zum Bundesparteitag anreisen und dort mitabstimmen, doch nicht jeder findet Zeit und Geld dafür.



Die Frage steht im Raum, ob diese Parteitage überhaupt die Basismeinung angemessen repräsentieren. Mit verschiedenen Internet-basierten Ansätzen soll das Mitglied quasi von zuhause aus mitmachen können. Doch wie genau? Das ist die Herausforderung, um die sich sehr viele Diskussionen bei den Piraten drehen. Hier drei Lösungs-Ansätze:



STÄNDIGE MITGLIEDER-VERSAMMLUNG (SMV)

Sowohl auf Bundesebene, wie auch teilweise auf Landes- und Kommunalebene wird eine ständige Mitgliederversammlung (SMV) diskutiert. Die ständige Mitgliederversammlung ist eine permanente, online tagende Mitgliederversammlung, auf der Positionen beschlossen werden. Als Tool für diese Abstimmung wird oft Liquid Feedback vorgeschlagen. Das ist eine webbasierte Software, mit der Menschen Textvorschläge einbringen. Über diese Initiativen wird später von Einzel-Teilnehmern und auch „Delegierten“, die Stimmen vieler Teilnehmer auf sich vereint haben, abgestimmt. An sich hat diese Idee einen ziemlichen Charme, weil so kontinuierlich über Themen entschieden wird. Dadurch wird nicht zuletzt auch das Programm ständig erweitert und verbessert. In diversen Landesverbänden gibt es die SMV bereits. Ein Horror für manche: Alle Aktivitäten werden in einer Datenbank dokumentiert, aus der sich das Abstimmverhalten der Teilnehmer nachvollziehen lässt. Eine geheime Abstimmung ist nicht vorgesehen. Es wird sogar eine Klarnamenspflicht der Teilnehmer gefordert. (stm)

KRITIK

Ich bezeichne die SMV als Dummfug. Die grundlegende Idee sehe ich weiterhin als

gut an, allerdings ist eine rein online verlaufende SMV nicht mehr basisdemokratisch, weil dies all jene Piraten benachteiligt, die aus welchem Grund auch immer nicht online sind. Selbst wenn sich dadurch nur 1 Prozent nicht beteiligen kann, ist dies undemokratisch, da bei einer derartigen Einrichtung 100 Prozent teilnehmen können müssen. Dies lässt sich nicht regeln indem man den Piraten sagt, sie müssten halt eine Möglichkeit für den Zugang finden. Eine wirklich demokratische Abstimmung setzt voraus, dass jeder teilnehmen kann! Zudem ist bei einer Onlineabstimmung auch immer eine deutlich höheres Risiko der Wahlmanipulation gegeben, als Offline. Ich bin ziemlich sicher, die Manipulation wird bei einer Einführung auch über kurz oder lang „getestet“. (ulrics)



STÄNDIGE DEZENTRALE MITGLIEDERVERSAMMLUNG (SDMV)

Einen pragmatischen Ansatz zur basisdemokratischen Mitbestimmung findet man in Rheinland-Pfalz. Wegen der lähmenden Debatte um Liquid Feedback suchten die Piraten nach Möglichkeiten, die von allen Seiten akzeptiert werden können und hat zum Teil auf Altbewährtes zurückgegriffen. Die Ständige Dezentrale Mitgliederversammlung (SDMV) kombiniert moderne Kommunikationsmöglichkeiten mit anerkannten Abstimmungsverfahren mittels einer Abstimmurne. Über die neuen Medien findet die Diskussion und Meinungsfindung und auch die Datenübermittlung statt, um sich dann etwa an einem Piratenstammtisch zu treffen und dort einen Stimmzettel über Anträge in eine Urne zu werfen.

Um gültige Beschlüsse zu erhalten, müssen diese von einer Mitgliederversammlung be-

schlossen werden. Diese neuartige Form der Mitgliederversammlung muss deshalb auch in der Satzung verankert sein. Sie wird einmal eröffnet. Wann das geschieht, steht in der Satzung und da es sich um eine Erprobung handelt, schreibt man auch rein, wann sie endet, z.B. nach einem Jahr. Damit hat man klare Verhältnisse. Wenn es gefällt, ändert man die Satzung und die SDMV läuft weiter. (Ingo Höft)



ONLINE-PARTEITAG

Jens Seipenbusch, ehemaliger PIRATEN-Vorsitzender und Datenschützer, schickt einen weiteren Vorschlag ins Rennen: den Online-Parteitag mit dezentralen Elementen. Die Grundidee ist nach seinen Worten einfach und wird bereits in ähnlicher Art und Weise von der schwedischen Piratenpartei praktiziert.

Der Parteitag findet wie gehabt in einem sinnvollen Rhythmus statt, beispielsweise halbjährlich. Die Dauer dieses Parteitags beträgt 4 Wochen. Zu Beginn dieses Zeitraums findet eine Art Akkreditierung statt.

Über den Zeitraum des Online-Parteitags gibt es einen fest umrissenen Bereich (Online-Medien, im einfachsten Falle ein Forum), in dem die zu den Anträgen gehörige Aussprache stattfindet. Dann gibt es ein oder mehrere Zeitfenster für die Abstimmungen. Abstimmungen sollten, anders als bei der liquid-feedback-gestützten SMV, grundsätzlich auch geheim erfolgen können, denn das Recht, eine geheime Abstimmung zu beantragen, ist ein wichtiges Element des Minderheitenschutzes. Dazu gibt es dezentrale Abstimmungen vor Ort, ähnlich der rheinland-pfälzischen SDMV. (Jens Seipenbusch)

DIE KURZGESCHICHTE

Tödlicher Spam

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS

Ein rätselhafter Fall ohne Spuren ...

Foto: CC BY-NC-ND Peter Nielsen/StockXchange

Es war Abend. Kripo-Beamtin Sonja Regensfurth, Ermittlerin im Dezernat für besondere Internetkriminalität, saß an ihrem heimischen Schreibtisch und ging die persönlichen Emails durch. Wieder einmal hatte sich massenhaft Spam angesammelt.

Sie nahm einen Schluck Tee und seufzte. Warum bloß konnte niemand diese nervigen Spammer stoppen? In ihrem Dezernat gab es einfach zu viele Fälle. Leider wurden die Spuren zu gut verwischt, bevor ein Spammer gerichtsfest überführt hätte werden können.

Ihr klassisches Handy klingelte. Rufbereitschaft. Sie wurde dann immer zu allen möglichen Fällen gerufen, die etwas mit Computer zu tun hatten. Meistens vollkommen unnötig.

„Regensfurth“, meldete sie sich mit leicht genervtem Unterton. „Meier hier, wir haben hier etwas, was Ihr Dezernat möglicherweise betrifft.“

„Ich mach mich auf dem Weg.“ Bis ans andere Ende ihres Bezirks musste sie. Glücklicherweise war die kalte Dezembernacht frost- und schneefrei.

Die Kollegen führten sie in die Wohnung. Dort saß eine ziemlich verstörte Frau auf dem Sofa. Die Freundin des Opfers. Regensfurth holte ihren Notizblock heraus. Weder Fotos noch Berichte konnten die eigenen Eindrücke ersetzen. Eine Strapaze, aber notwendig.

Im Arbeitszimmer lag ein Mann auf dem Boden. Sein Körper war seltsam verrenkt. Der Gerichtsmediziner war auch schon da. „Es sieht aus, wie ein Fall von Epilepsie mit tödlichem Ausgang.“

Sie wandte sich dem Computer zu. Er saß wohl vor dem Rechner, als der Anfall kam. Kein Hinweis auf ein Verbrechen. Seltsam, dass trotzdem ermittelt wurde. Sie sah sich den Computer an. Bei einer natürlichen Todesursache konnte sie sich den Aufwand sparen. Da drang an ihr Ohr, dass es nicht der erste Todesfall dieser Art in der letzten Zeit war. Der Gerichtsmediziner hatte

schon andere Fälle mit epileptischen Anfällen ohne Vorbefunde. Alle Opfer hatten vor ihrem Tod zudem am Computer gearbeitet. Sie nahm diese Information in ihrem Notizbuch auf. Es wunderte sie nicht, dass sie gerufen worden war, wenn hier der Verdacht einer Mordserie bestand.

Der Computer summete noch vor sich hin. Der große Flachbildschirm erwachte bei einem leichten Stupser ihrer behandschuhten Hand gegen die Maus aus dem Energiesparmodus. Der tote Nutzer hatte unvorsichtigerweise kein Anmeldepasswort hinterlegt, sodass sie sofort den vollen Zugriff hatte.

Auf dem Desktop des Windowsrechners fanden sich bei erster Betrachtung keine Auffälligkeiten. Das war aber natürlich auch nicht zu erwarten. Vorsichtig startete sie den Taskmanager und schaute nach auffälligen Programmen. Aber auch da waren

keine. Firewall und Virenschutz waren aktuell, aber das war nicht relevant. Zur Sicherheit fertigte sie mit einem Spezialgerät eine Spiegelung der Festplatte an.

Sie machte dem aufsichtsführenden Beamten kurz Meldung. Der Computer solle zu ihrem Büro gebracht werden, wo sie ihn am nächsten Morgen auch vorfand. Eigentlich warteten genug andere Fälle auf sie, aber trotzdem konnte sie sich nicht von diesem losreißen. Ihr Gespür sagte ihr, dass etwas seltsam war.

Bevor sie mit der Überprüfung des Rechners begann, rief sie die Akten der anderen Fälle auf. Die Diagnose lautete überall „epileptischer Anfall“. Keine Anzeichen von Gewalteinwirkung. Einige waren in regelrecht verrammelten Wohnungen gefunden worden, wo niemand Zutritt hatte. Ein ziemlicher Zufall, wie viele Personen in diesem Zustand vor dem Rechner gefunden worden waren.

Ein gemeinsamer Faktor aller Opfer war die ‚berufliche‘ Tätigkeit. Alle beschäftigten sich auf die eine oder andere Art mit Internetkriminalität. Der eine war ein Spammer, die andere betrieb Abfallen und ein weiterer schien Daten zu verkaufen.

Sonja hatte nun einen ersten Ansatz. Sie fertigte eine Arbeitskopie ihrer Spiegelung an und begann verschiedene forensische Programme über den Inhalt laufen zu lassen. Normalerweise hätte sie es auch von dem zuständigen Kollegen analysieren lassen können, dieser arbeitete allerdings an einem größeren Fall rund um die Computerhackervereinigung namens Legion.

Die Analyse dauerte den ganzen Tag, während Sonja sich weitere Informationen zum Hintergrund anlas. Die Opfer waren über ganz Deutschland verteilt. Zumindest laut Aktenlage, allerdings hörte das Internet nicht an Landesgrenzen auf. Wie sich herausstellte, gab es weltweit derartige Fälle, allerdings schien ihnen niemand Beachtung zu schenken. Hatte bisher keiner gemerkt, welche Ausmaße dies hatte? Mehr als 100 Opfer fand sie bei einer erweiterten Suche im Intranet. Eine Anfrage an Interpol war bereits auf dem Weg, wobei die erst noch an ihrem Chef vorbei musste.



Bei der Recherche merkte sie nicht, wie schnell die Zeit vergangen war. Wieder einmal waren ihre Kollegen ohne sie zum Mittagessen. Seufzend holte sie ihre Keksdose hervor und aß ein paar. Sonja wusste, dass dies

nicht gut war, aber ihr Gehirn brauchte momentan Zucker und Kaffee um zu arbeiten.

Ein Piepsen meldete ihr: Analyse fertig. Fein säuberlich waren verdächtige Programme und Dokumente aufgelistet. Es waren etliche Blackhat-Programme auf dem Rechner installiert. Programme, welche dazu dienten, Spam und Viren zu verbreiten.

Die Opfer waren über ganz Deutschland verteilt. Zumindest laut Aktenlage. Aber das Internet hört nicht an der Grenze auf.

Sonja wunderte sich, warum der Rechner kaum abgesichert war, obwohl solche Programme darauf waren. Neben den Programmen gab es auch Unterlagen, welche ihn mit einem Unternehmen namens Aquawix in Verbindung brachten.

Ein Unternehmen, welches in Sonjas Kreisen schon häufiger mit Porno- und Versicherungspam in Verbindung gebracht worden war, allerdings hatte nie etwas bewiesen werden können. Der Emailverkehr auf dem Rechner könnte diesen Umstand ändern.

In dem Moment kam ein Kollege rein. „Warum grinst du so?“ „Ich denke mein aktueller Fall könnte Aquawix ein für alle mal erledigen. Auf dem Rechner gibt es ziemlich viel Beweismaterial.“ Da Aquawix sein Fall war, bekam er eine weitere Kopie der Spiegelung und nahm sie mit zur eingehenden Untersuchung.

Sonja wand sich den weiteren Ergebnissen zu. Ein Programm, von dem sie noch nie gehört hatte, stach hervor. Es nannte sich h4ck.exe, allerdings passierte nichts, wenn sie es startete. Sie startete dies natürlich in einer Sandbox, also einem virtuellen Computer, wo ein Virus oder Trojaner keinen Schaden anrichten konnte.

Sie sicherte den Fund auf einen Datenträger und gab ihn weiter an einen Spezialisten zur Analyse. Es war wieder nur ein vages Gefühl, aber das Programm hatte etwas mit dem Fall zu tun.

Tage vergingen, bis die Analyse des Spezialisten kam. Sie hatte sogar Glück gehabt, dass es so schnell ging. Normalerweise dauerte so etwas eher Wochen, als Tage.

Das Programm schien sowohl auf Grafik- wie auch Soundkarte zuzugreifen, allerdings war unklar zu welchem Zweck, da nichts zu passieren schien.

Der Spezialist hatte einiges probiert, aber war nicht hinter den Sinn und Zweck gekommen.

Sonja ging erst am Abend beim Fernsehen ein Licht bzw. ein Geflacker auf. In einer Sendung zum Thema Epilepsie ging es darum, wie Lichtgeflicker bei Menschen einen Anfall auslösen konnte.

Ihr war nun klar, was das Programm machte, wenngleich das ‚Wie‘ noch vollkommen unklar war. Bei einem vollkommen gesunden Menschen konnte so ein Geflacker eigentlich nichts anrichten. In der Nacht schlief sie unruhig, die Gedanken wälzten sich wie Findlinge durch ihre Träume und ließen sie kaum zur Ruhe kommen. Der Wecker klingelte viel zu früh.

Ohne Termin oder Ankündigung fuhr sie auf gut Glück zur nahen Uniklinik. Dort gab es eine Forschungsstelle für Epilepsie. Der dortige Forscher bestätigte ihre Annahme, dass bei gesunden Menschen Geflacker eigentlich nichts anrichten konnte. Als sie etwas genauer nach Bild- und Toneffekten fragte, fiel dem Forscher eine Publikation ein, welche er Sonja gab. Diese Forschung war natürlich sehr theoretisch und höchst wissenschaftlich, aber im Kern hatte sie die Aussage, dass es mit Bildern und Tönen bei jedem Menschen möglich war, einen tödlichen Epilepsieanfall auszulösen.

Wie hatte so etwas bloß veröffentlicht werden können? Dieser Artikel hatte bestimmt jemanden darauf gebracht, ein Programm

zu schreiben, mit dem man andere über das Netz töten konnte. Ein gefährliche Cyberwaffe. Allein die Vorstellung, was mit etwas derartigem angerichtet werden konnte, ließ sie erschauern.

Sie erstattete Meldung gegenüber ihrem Vorgesetzten. Dieser tat ihre Überlegungen als Fantasie ab und forderte sie auf, sich wieder richtiger Arbeit zu widmen, aber sie konnte nicht. Sie wusste, der oder die Täter waren irgendwo da draußen und sie hatte keine Möglichkeit, sie zu stoppen oder zu finden.



Die bisherigen Opfer hatten den Tod nicht verdient, aber auch keine reine Weste. Ob es wohl nur eine Frage der Zeit war, bis auch weniger zwielichtige Gesellen dran glauben mussten.

Die Antwort fand sich am Abend in einer E-mail. Diese war anonym versendet und bestand nur aus den Worten ‚Reden ist tödlich‘. Sonja fröstelte. Das war eindeutig eine Drohung an ihre persönliche Email-Adresse, die nur wenige kannten. Unterzeichnet war mit Legion.

Sie wagte es nicht, dies zu melden. Wenn Legion ihre Emailadresse kannte, dann wusste Legion bestimmt auch anderes über sie. Es war beklemmend, eigentlich müsste sie dies melden, aber täte sie das, könnte sie dann noch wagen, einen Computer anzumachen?

Es gab keinen Schutz gegen einen derartigen Anschlag. Überall gab es Computer. Jeder konnte jederzeit zum Opfer werden. Sonja war nun klar, warum es bisher keine Ermittlungen gab. Bestimmt hatten auch die anderen Drohungen bekommen. Diese Nacht schlief sie noch schlechter als die vorhergehende. Es war zwar gegen alle ihre Dienstpflichten und gegen ihre persönliche Ehre, aber sie stellte die Ermittlungen ein. Schloss die Akte und versuchte ihr Leben fortzusetzen in der Hoffnung, dass dieses Programm niemals in die Hände von Terroristen fällt.

WOHNST DU NOCH ODER WIRST DU SCHON SANIERT?

Gentrifizierung – Von Armenvierteln und Reichenghettos

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Der Vermieter war erfreut, daß die neuen Mieter Studenten waren. Zu Anfang hatten diese nicht viel Geld, aber das war ja nur vorübergehend. Gefällt es ihnen, bleiben sie ja. Mit der Zeit steigt dann ihr Verdienst – genauso wie seine Miete.

Im gleichen Haus wohnte eine Roma-Familie mit sechs Kindern, sehr freundlich, immer hilfsbereit. Die Mutter putzte jede Woche das Treppenhaus, nicht weil sie dafür bezahlt worden wäre, sondern weil sie es gern sauber hat.

Die Wohnung lag in einer „kommoden“ Gegend, wie sie jede Großstadt in Ballungsgebieten aufweist. Etwa ein Szene-, oder Trendviertel: das sind Wohnlagen, in denen die Mieten recht schnell steigen. Dann können es die Bewohner schon bald nicht mehr zahlen. Der Druck auf angestammte Mieter durch die Finanzkraft der Mittel- und Oberklasse verändert das Stadtviertel.

„Die hinter Begriffen wie Aufwertung, Stadtumbau und Wohnungsbau stehenden Umstrukturierungsprozesse müssen auch dann kritisch betrachtet werden, wenn sie noch niemand Gentrifizierung nennt,“ sagt Oliver Bayer, baupolitischer Sprecher der Piraten-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Gentrifizierung oder „Gentrification“: bereits 1888 wurde das Wort erstmals in der Diskussion erwähnt. Das aus Fachwort aus der Stadtsoziologie beschreibt sozioökonomische Umstrukturierungsprozesse in städtischen Wohngebieten. Soweit die sachliche „Wikipedia“-Definition.

Doch was bedeutet „Gentrifizierung“ im Leben der Bewohner der betroffenen Stadtviertel?

- ▶ Bewohner mit einem niedrigeren Sozialstatus werden verdrängt
- ▶ In Jahrzehnten gewachsene Bevölkerungsstrukturen brechen auf
- ▶ Beziehungen der Menschen untereinander sowie der ansässigen Bevölkerungsgruppen ändern sich

Folge: Die alt-ingesessenen Bewohner wandern in die günstigeren Außen- und Randbezirke der Städte ab.

DIE PHASEN DES PROZESSES:

Es gibt ein günstiges Viertel mit einfachem Wohnwert und zahlreichen Altbauten, die Menschen mit eher wenig Geld bewohnen: Arme, Alte, Ausländer. Dank niedriger Mieten ziehen Studenten, Künstler, die „Avantgarde/Subkultur“ ein und werten das Viertel kulturell auf. Die Stadt Leipzig zum Beispiel wechselt gerade in die Künstlerphase, es finden die ersten Verdrängungen der ursprünglichen Bewohner statt. Erkennbar wird dies am lustigen „Sushi-Index“. Je mehr Sushi-Restaurants es in einem Stadtviertel gibt, desto weiter ist der Transformationsprozess fortgeschritten.

In der nächsten Phase, die Ex-Studenten stehen mittlerweile gutverdienend im Berufsleben, wird das Viertel zunehmend interessanter für den gehobenen Wohnungsmarkt. Die Mutter der Roma-Familie muss jetzt noch andere Putzstellen annehmen, um die gestiegene Miete bezahlen zu können.

Professionelle Investoren kaufen Wohnungen und ganze Häuser oder gar ganze Straßenzüge auf, da sie auf Wertsteigerung spekulieren. Einzeleigentümer gibt es immer weniger. Nacheinander werden die Wohnungen uncharmant „entmietet“. Modernisierungen, ewige Baustellen und „offene“ Häuser vertreiben die bisherigen Bewohner. Die Roma-Mutter tut alles, um mit ihren sechs Kindern in ihrer Wohnung bleiben zu können.

HARTER DURCHGRIF IN DER LIEBIGSTRASSE 14, BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Vereinzelt kommt es zu Konflikten der jeweiligen Bevölkerungsgruppen. Mit Polizeihilfe greifen die Neubesitzer durch. Die Räumung der Liebigstrasse 14 in Berlin-Friedrichshain ist ein Beispiel dafür. Anfang der neunziger Jahre hausbesetzt, gab es hier seit 1992 reguläre Mietverträge. Doch nun hieß es: Entgegen der Miet-Vertragsvereinbarungen sollen Mieter „bauliche Veränderungen“ am Gebäude vorgenommen haben. Am 2. Februar 2011 rückten 2.500 Polizisten mit SEK-Sonderkommandos in das Viertel ein. Die Räumung begann früh morgens um 7:40 Uhr, bei einer Außentemperatur von zehn Grad unter null. Drei Spezialisten der Piratenpartei informierten aus einem improvisierten Tonstudio in Sichtweite per Livestream, Twitter. Die siebenstündige Räumung erfolgte mit Rammböcken, Äxten und Vorschlaghämmern. Später am Tag protestierten Tausende meist unter fünfundzwanzigjährige Berliner auf den Strassen in Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln.

Eine kreative Mietprotest-Methode in Berlin: „Wohnungs-Flashmobs“. Wohnungsbesichtigungen werden überraschend gekapert. Wohnungssuchende reißen sich die Kleider vom Leib. Mit Tiermasken getarnt tanzen sie zu Musik aus dem Ghettoblaster, Parolen wie „zu teuer“, oder „Hände weg von meinem Viertel“ auf den Körper gemalt. Die Aktionen führen sie zusammen mit der „Hedonistischen Internationalen“ durch. Ablauf: Überraschender Start, schnelles Ende, allgemeine Verwirrung.

Die autonome Frankfurter Initiative „Wem gehört die Stadt?“, Teil des gleichnamigen bundesweiten Netzwerkes, vertritt die Ansicht, dass Stadt ein sozialer Raum für Bewohner sein muss, in dem das Wohnen ein bedingungsloses Recht aller ist. „Wohnraum darf keine Ware sein, Stadt darf keine Ware sein“. Zusammen mit anderen Gruppen von „Wem gehört die Stadt“ führen sie in der ganzen Bundesrepublik Aktionen durch. Die siebzig Gruppen umfassende Düsseldorfer Initiative „Freiraum in Bewegung“ etwa „schenkt“ der Stadt grosse Graffiti-Bilder aus Protest gegen die Gentrifizierung.

11,50 EURO KALT

Betrachten wir Düsseldorf und NRW näher: Bis zu fünfzig Prozent der Düsseldorfer Haushalte besitzen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. 11,50 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete sind in einigen Stadtgebieten eher Durchschnitt als Ausnahme, als günstigstes Viertel wird Hasels mit 8 Euro benannt, weit entfernt von der City.



SANIERUNGSKONZEPT



STEIGENDE MIETEN

Statement der Stadtoberen zur aktuellen Situation: „Wer sich das nicht leisten kann, soll doch nach Neuss (im Umland) ziehen“. Ein klares Wort, jetzt wissen die Düsseldorf, woran sie sind.

Gerade brachte Stadt Düsseldorf den „Entwurf Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt“ heraus, ein Vergleich mit anderen Großstädten. Zitat: „So ergibt sich daraus eine geringe Mietpreiserhöhung, gleichzeitig aber eine hohe Nachfrage nach Bestandsmietwohnungen.“ Eine starke Steigerung der Preisentwicklung von Neubau-Mietwohnungen, sowie eine sich nach oben entwickelnde Preisentwicklung ist absehbar. Zwar noch nicht auf dem Niveau von München, aber weiterhin stark steigend, notiert der Bericht. Das ist keine wirklich überraschende Erkenntnis, dazu hätte es keinen 136-Seiten-Bericht gebraucht.

Der Wohnungsmarktbericht NRW 2012 „Soziale Absicherung des Wohnens“ definiert: „Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum stellt ein Grundbedürfnis dar“. Niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit oder soziale Merkmale führen zu hohen Hürden bei der Suche nach der Wunschwohnung. Haushalte sind laut EU-Definition überlastet, wenn sie vierzig Prozent und mehr ihres verfügbaren Haushaltsseinkommens für Wohnen ausgeben.

**UNWIRKSAME
WOHNKOSTENHILFE**

Die größte Gruppe der Wohngeldbezieher sind Singles, ein großer Anteil davon alleinerziehende Mütter mit einem geringen Einkommen. Zwölf Prozent aller Haushalte erhalten diese Wohnkostenunterstützung. Bei scharfgeschalteter Gentrifizierung eine unwirksame Massnahme, da bei Neuvermietung die Mietpreise um bis zu sechzig Prozent steigen. Dazu hat der Landtag in NRW eine sogenannte „Enquete-Kommission“ (von französisch enquête, „Untersuchung“) eingesetzt, eine überfraktionale Arbeitsgruppe zur Lösung langfristiger Fragestellungen, in denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen. Ihr 360-seitiger Bericht beschreibt unter Anderem das Problem der „Segregation“ in den „Städten“: Dönerbuden und Internetshops sammeln sich in einem Stadtviertel, während Sushi-Restaurants und Pilates-Studios sich in einem anderen Gebiet ballen. Am Schlusspunkt einer solchen Entwicklung könnte die harte Aufteilung in Slums und „Gated Communities“ stehen. Letzteres sind die in den USA gängigen, von einem Sicherheitsdienst bewachten und umzäunten Stadtviertel für eher wohlhabende Bürger. Politik muss deshalb Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bieten, um diese unerwünschte Entwicklung zu verhindern. ►



SUSHI-INDEX



STÜCK FÜR STÜCK VERSCHWINDET ALLES, WAS DAS VIERTEL FRÜHER LEBENSWEERT MACHTE.



DAS MEINEN PIRATEN:

Jede einzelne Massnahme hat Wirkung und Nebenwirkung, die vorteilhaft oder nachteilig sein kann und aus diesem Grund ist bei dem Umgang mit einem komplexen Problem nicht nur auf einfache Lösungen zurückzugreifen. Komplizierte Probleme erfordern komplizierte Lösungen:

Mietpreisbindung alleine reicht nicht.

Diese Preisgrenze, definiert als Höchstmiete für eine durch Mittel des sozialen Wohnungsbaus geförderte Wohnung (in Euro pro qm) wirkt nur sehr beschränkt. Eine Begrenzung der Neuvermietungs-mieten auf die Vergleichsmieten nach Mietspiegel wäre hier kurzfristig sinnvoll, langfristig dämpft sie aber die Neubautätigkeit. Mietobergrenzen als Definition der zulässigen Höchstmiete haben auf längere Sicht auch Nachteile, da Inflationsausgleich, Herstellungskosten und Marktpreise voneinander entkoppelt sind.

Sozialer Wohnungsbau allein ist auch kein Wundermittel.

Im oberen Marktsegment steigen Wohnungsstandard und Mietniveau, am anderen Ende gibt es einen stark rückläufigen Wohnungsbestand. Die Bevölkerung nimmt wahr, dass günstige Wohnungen im mittleren Marktsegment fehlen. Viele Investoren wollen ihr Geld wegen des niedrigen Zinsniveaus nicht in den Aufbau von Sozialwohnungen investieren. In frei finanzierten Wohnprojekten bringen die Investitionen mehr Ertrag, da die Miethöhe flexibler gestaltet werden kann.

Der Sozialwohnungs-Anteil in NRW liegt aktuell zwischen 5 und 10 Prozent. SPD, Grüne und Piraten fordern eine feste Quote von 30 bis 40 Prozent geförderte Neubauquartiere. Das Problem dabei ist jedoch, dass sozialer Wohnungsbau teuer ist und lange dauert. Die Entwicklung von Energiekosten (Energiewende, Spekulationen) und Kosten der Modernisierungsmaßnahmen sind weitere zu beachtende mietpreisrelevante Faktoren.

BESSER WÄRE LAUT PIRATEN:

Ein Maßnahmenbündel aus kurzfristiger Schadensbekämpfung, mittelfristiger Stabilisierung der Lage und langfristiger Bekämpfung der Ursachen.

Dank@Stefan Hochstadt und Andreas Mehrrens für Fachinformationen und Literaturtipps.

IM EINZELNEN:

- 1 **Kurzfristig:** direkte Mietpreisbegrenzung und Veränderungssperren (langfristig ein Investitionshindernis)
- 2 **Mittelfristig:** „Subjektförderung“, einzelne Personengruppen werden gefördert, sodass sie die steigenden Mieten zahlen können. Nachteil hierbei sind die enormen Kosten.
- 3 **Langfristig:** Aufbau kommunaler Wohnungsbestände zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums durch die öffentliche Hand.

Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände hat auch dazu geführt, dass in anderen Gegenden viele Wohnungen vernachlässigt wurden. Das ist die andere Seite derselben Medaille. Die Kombination aus Luxussanierung und der Vernachlässigung öffentlicher Wohnungsbestände führt zu einer Segregation der Gesellschaft und der Trennung in „Armenviertel“ und „Reichghettos“.

Die Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ hat im Abschlussbericht vom März 2013 ein umfangreiches Massnahmenpaket vorgestellt. Die Piraten forderten in der Enquete unter anderem die Wiedereinführung einer „Wohnungs-Gemeinnützigkeitsregelung“.

Für die Bundesebene:

- ▶ Grunderwerbssteuerpflichtigkeit der Anteile an immobilienhaltenden Gesellschaften
- ▶ Beseitigung der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften, stattdessen Einführung eines Mindeststeuersatz von fünfundzwanzig Prozent plus Solidarzulagen.
- ▶ Steuerliche Begünstigung von Genossenschaften
- ▶ Verbesserung des Mieterschutzes, Einführung von Mieterbeiräten, Miethöhenbegrenzungen, Verbandsklagen, Verschärfung der Schutzvorschriften für Mieter

Eine Lösung des Problems kann also nur in der Kombination der verschiedenen Massnahmen liegen. Politisch an dem Thema zu arbeiten ist eine Möglichkeit. Aktionen wie (Nackt)-Tanzen, sich zu Netzwerken zusammen zu schließen, Demonstrieren, Livestreams von Räumungen senden, sich selbst kreative Möglichkeiten ausdenken des Protestes sind weitere.

Die Romafamilie ist inzwischen aus dem Haus ausgezogen. Jetzt putzt niemand mehr die Treppe.

BUCHTIPPS**Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen**

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und Stadtsoziologe, er arbeitet zur Zeit im Team „Stadtforschung“ des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg. Dirk Gebhardt ist Geograph und arbeitet zur Zeit bei EUROCITIES in Brüssel. Gutes, fundiertes Buch mit theoretisch-konzeptionellen Grundagentexten vorne und Praxisbeispielen hinten, das über die analytische Gentrifizierungsdebatte hinausweist und Gegenbewegungen aufzeigt.

Autoren: Andrej Holm, Dirk Gebhardt
Verlag: Vsa
Broschiert: 286 Seiten
ISBN-13: 978-3899653953
EUR 19,80

GENTRIFIDINGSBUMS oder Eine Stadt für alle

Einsteigerlektüre, speziell auf Hamburger Verhältnisse geschrieben, welche exemplarisch für ganz Deutschland sind. Der Trend der Stadtentwicklungsverhältnisse wird recht gut erklärt. Ein locker erzähltes Büchlein, das Gentrifizierung mal anders behandelt.

Autor: Christoph Twickel
Verlag: Edition Nautilus;
Broschiert: 128 Seiten
ISBN-13: 978-3894017262
EUR 9,90

Stadtpolitik

Urbanität ist ein Kennzeichen der Moderne, die Entstehung der europäischen Metropolen rief Staunen und Kritik hervor. Städte galten nie als natürlicher Lebensraum; strategische Interventionen und sozialpolitische Projekte prägen bis heute ihr Erscheinungsbild. Das Buch behandelt Theorie und Geschichte der Stadtpolitik in Deutschland. Ein guter Überblick über Themen wie Gentrification, Einkaufszentren und die Renaissance der Innenstadt.

Autor: Hartmut Häußermann
Verlag: Suhrkamp Verlag
Taschenbuch: 403 Seiten
ISBN-13: 978-3518125120
EUR 14,00

VERKEHRSWENDEKONFERENZ DER PIRATENFRAKTION NRW 24.-26. MAI

QUELLE: PIRATENFRAKTION NRW

Oliver Bayer
Piraten, NRW



MOBILITÄT DER ZUKUNFT

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Öffentliche Mobilität – Verkehr für Jahrzehnte gestalten

Mobilität ist die Grundlage moderner, arbeitsteilig organisierter Gesellschaften – eine zentrale Vorbedingung für den Zusammenhalt, für Entwicklung und Kultur – eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Deshalb zählt die Verkehrsinfrastruktur zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Piraten fordern im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe die Anerkennung des Grundbedürfnisses auf Mobilität als Grundrecht – auch für Menschen ohne eigenes Auto. Der Klimawandel und der hohe finanzielle Aufwand für den Erhalt der jetzigen Infrastruktur verlangen zudem Änderungen in der Verkehrspolitik. Der aktuelle Erneuerungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur bietet uns ein Entscheidungsfenster, diese Verkehrswende mit Weichenstellungen für Jahrzehnte aktiv zu gestalten. Einem attraktiven, möglicherweise fahrscheinlosen ÖPNV kommt dabei eine besonders hohe Bedeutung zu. Die Verkehrswendekonferenz soll Experten, Ideen und Konzepte zusammenführen und Prognosen sowie Lösungen für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur dieses Jahrhunderts aufzeigen. Aktuelle „Kommissionen“ liefern viele wichtige Hinweise und bedeutende Argumente für Verkehrspolitiker, sie liefern jedoch nur wenige Antworten bzgl. einer an den aktuellen Anforderungen ausgerichteten grundlegend neugedachten, nachhaltigen Verkehrs- und Mobilitätspolitik.

Fahrplan zur Weiterentwicklung der Mobilitätskonzepte in NRW

Wir haben mit Oliver Bayer, dem Baupolitischen Sprecher der Piratenfraktion im Landtag NRW über die vom 24.-26. Mai 2013 in Düsseldorf stattfindende „Verkehrswendekonferenz“ gesprochen:

Die Landtagsfraktion der Piratenpartei in NRW ist Veranstalter der Verkehrswendekonferenz. Was hat Euch zu diesem Schritt veranlasst?

Bereits kurz nach der Wahl trafen wir uns zu einer kleinen Fraktionstagung zusammen mit Leuten aus der Partei und der Welt im Landtag zum Thema ÖPNV und Mobilität. Das war sehr konstruktiv und wir wiederholten dieses Verkehrstreffen. Schnell reifte die Überlegung, eine größere Konferenz außerhalb des Landtagsgebäudes zu organisieren, um uns neben der Parlamentsarbeit mit frischen Ideen, fundiertem Wissen und ordentlich Feedback zu versorgen. Natürlich auch um unsere Konzepte und Arbeiten nach außen zu bringen.

Wer wird an der Konferenz teilnehmen?

Die Fraktion, Piraten, weitere Verkehrspolitiker, Wissenschaftler und Experten. Wir laden zu den Vorträgen und Workshops bewusst eine Reihe externer Referenten ein, die uns und den Teilnehmern frische, sowie fundierte Informationen aufbereiten werden. Als Gäste erwarten wir auch viele interessierte Menschen entsprechender Organisationen und Initiativen in NRW. Piraten hoffen wir aus dem ganzen Bundesgebiet anziehen zu können. Daher

auch drei Tage Programm, damit es sich lohnt. Andreas Witte und Michael Melter haben vor dem Hintergrund sofort zugesagt.

Wie ist der Ablauf geplant?

Am Freitagabend beginnen wir mit einem Auftaktevent, vielleicht einem sogenannten Impulsvortrag, der dann aber richtig richtig gut sein muss – bitte schaut dazu und für das ganze Programm kurz auf unsere Website www.verkehrswendekonferenz.de. Am Samstag werden Workshops, Vorträge und Podiumsdiskussionen dominieren. Dabei bespielen wir mehrere Räume und Zielgruppen gleichzeitig – eine klassische Konferenz also. Am Sonntag planen wir einen unterhaltsamen und konstruktiven Einstieg mit einem WorldCafé und wollen dann in ein reines Barcamp übergehen, bei dem der Ablauf wirklich offen ist und wirklich jeder aktiv zum Mitmachen eingeladen ist. Das offene Barcamp zum Abschluss gibt uns die Möglichkeit, die vorher gewonnenen Erkenntnisse gleich kreativ weiterzuentwickeln. Nur für den Notfall werden wir auch am Sonntag Workshops bereit halten.

Was soll die Konferenz bewirken?

Wir versprechen uns ein Feedback und einen Fahrplan sowie viele tolle neue Anregungen für unsere Arbeit im Parlament. Außerdem möchten wir auch die Menschen außerhalb der Fraktion auf einen Stand bringen, der ein kreatives Weiterdenken für die Mobilitätsbedürfnisse der kommenden Jahrzehnte auf brei-

ter Basis ermöglicht.

Wir alle sollten mit möglichst viel Wissen und auf den Ideen anderer aufbauend an die Themen ÖPNV, Mobilität und Verkehr herangehen. Außerdem hoffen wir mit der Veranstaltung auch selbst Akzente im Bereich „Mobilität der Zukunft“ setzen und für die aktive Gestaltung einer Verkehrswende werben zu können.

Wie wollt Ihr die Ergebnisse umsetzen?

Wir haben gemerkt, dass wir auch als Oppositionspartei tatsächlich etwas bewegen können, wenn wir fundiert und mit Druck dort ansetzen, wo es sich die Landesregierung schlicht zu einfach macht. Die Verkehrswendekonferenz wird uns in beiden Dingen weiterhelfen und uns viel Arbeit machen: Anfragen, Anträge, Anhörungen, Öffentlichkeitsarbeit. Eine wichtige Aufgabe wird sein, in den Monaten darauf einen langfristigen Fahrplan zur Weiterentwicklung der Mobilitätskonzepte in NRW zu erstellen und konsequent umzusetzen. Auch auf Bundesebene und in anderen Ländern werden wir von der Veranstaltung profitieren. Die meisten Probleme im Verkehrsbereich sind nicht NRW-spezifisch, die Verkehrswende zu gestalten ist eine bundesweite und globale Herausforderung, an der auch alle Organisationen und Parteien mitwirken müssen. Wir Piraten wissen das genauso wie die Verkehrspolitiker aller Parteien. Wir Piraten handeln – auch in der Opposition.

Vielen Dank für das Gespräch.



13. April 2013 in Münster

BESTANDSDATEN

MITSCHRIFT: CC ZERO STEFAN MÜLLER

Marina Weisband spricht in Münster zur Bestandsdaten-Abfrage

Ich weiß nicht ob ihr es mitbekommen habt: die Revolution ist schon passiert. Das haben wir eigentlich schon hinter uns, das Ding ist gelaufen. Wir haben uns als Menschen einen neuen Raum erschlossen. Einen Raum, in der als Menschen wir erstmal miteinander hierarchiefrei reden können. Wir sind nicht diskriminierbar über unser Geschlecht, Hautfarbe, unser Alter, sondern Leute mit Ideen, die sich untereinander ohne staatliche Struktur direkt miteinander vernetzen können. Das ist das Internet. Es ist ein neuer Raum. Und wie das mit neuen Räumen so ist, entsteht erstmal ein Tauziehen. Was machen wir damit? Haben wir, die Menschen, ein Interesse daran, dass dieser Raum möglichst frei bleibt? Natürlich haben aber auch die Behörden und die Polizei ein Interesse daran, diesen Raum kontrollieren zu können, denn die sollen uns ja beschützen. Und zwar im Zweifel auch vor uns selbst und gegenseitig.

Wir sehen das in den Räumen, die wir bisher hatten, dass das ganz gut geregelt ist. Man darf nur in ganz wenigen Ausnahmefällen in meine Wohnung und auf richterlichen Beschluss meine Schubladen durchwühlen. Man darf nur in ganz wenigen Fällen meine Telefonleitungen abhören, obwohl wir hören, dass das ille-

gal häufiger passiert. Aber dieser neue Raum, da kann man ja jetzt weitergehen. Da ist ja alles so schön vernetzt und liegt in Datenform vor. Das ist sehr bequem für Überwachung. Und diese Überwachung mag mit den besten Intentionen entstehen.

„MEIN HANDY IST EINE VERLÄNGERUNG MEINES GEHIRNS“

Aber das ist ein Tauziehen, das wir gewinnen müssen. Das ist, weil wir diesen Raum frei haben wollen. Mein Handy ist eine Verlängerung meines Gehirns. Da sind meine Freunde drin, ihre Geburtstage, meine Nachrichten an sie. Im Internet, über mein E-Mail-Account, bestelle ich Pizza, bestelle ich mir Sex-Spielzeug, schreibe ich Liebesbriefe, das ist supermegapriat. Das ist mehr als meine Wohnung, das ist mein Denken. Die Bedingungen, in mein Denken einzudringen, sollten sehr viel strenger sein, als die Bedingungen, in meine Telefonleitung einzudringen, oder in meine Wohnung. Aber das sind sie nicht. Man versucht, sie noch weicher zu machen.

Ich will hier nicht darüber reden, welche Gesetze wir im konkreten erlassen können oder ändern können, damit das sinnvoll passiert. Denn dafür haben

zum Beispiel schon alle Piratenfraktionen ein Papier erarbeitet. Ich will darüber reden, was es eigentlich mit uns macht, wenn wir flächendeckend überwacht werden können. Es ist also etwas anderes, wenn ich ein Verbrechen begehe, und ausnahmsweise, weil der Verdacht so schwer auf mir lastet, darf jemand mich aus der Gesellschaft herausziehen, mich auf ein besonderes Podest stellen, mich dort beleuchten und durchsuchen.

Etwas ganz anderes ist es, wenn wir alle als Bürger, einfach nur weil wir da sind, weil wir einfach nur im Internet unterwegs sind und vielleicht eine Ordnungswidrigkeit begangen haben, komplett ohne Hürden durchsucht und durchleuchtet werden können.

Das ändert nicht nur unsere Privatsphäre. Das ändert auch unser Denken. Und zwar nicht nur unser Denken über uns selbst. Weil jeder von uns ein potentieller Verbrecher ist, und das ist, was der Staat über uns sagt. Es ändert auch unser Denken übereinander. Denn wir wissen: der Staat, also dieses Gebilde in dem wir leben und dem wir vertrauen, betrachtet jeden von uns als potentiellen Verbrecher. Und dann guck ich so in die Runde und frage mich: wie viele von euch sind eigentlich potentielle Verbrecher? Wie viele von euch

wollen mir eigentlich schaden? Und ich fange an, misstrauisch zu werden. Ich fange an, euch nicht zu sehen als Leute, mit denen ich mich frei vernetzen kann. Ich fange an, euch zu sehen als Leute, deren Vernetzung mit mir man überwachen muss, weil sie potenziell schädlich für mich ist.

Und das bedeutet: ich werde nicht mehr solidarisch mit euch sein. Das bedeutet: ich werde nicht mehr offen zu euch sein. Das bedeutet, wenn wir von Diskriminierungsfreiheit, von Sozialpolitik sprechen, dann wird das alles total illusorisch, weil ich überhaupt keinen Grund habe, euch zu vertrauen. Und ich habe keinen Grund, dem Staat zu vertrauen, denn der vertraut mir ja auch nicht. Der sieht mich als Antagonisten. Und das bedeutet, ich helfe ihm nicht, indem ich mich am demokratischen Prozess beteilige. Das heißt, auch die Demokratie leidet direkt darunter.

Das ist es, warum wir gegen Überwachung protestieren. Es geht nicht darum, dass jemand sieht, wem ich Liebesbriefe schreibe. Es geht darum, dass ich kein potentieller Verbrecher bin. Sondern erst, wenn ein schweres Verdachtsmoment auf mir lastet, erst dann will ich, dass Ermittlungen gegen mich eingeleitet werden.

BESTANDSDATEN Per Smartphone auf dem Weg zum potentiellen Täter

CC ZERO STEFAN MÜLLER

Am 21. März 2013 beschloß der Bundestag erneut ein grundrecht-feindliches Gesetz: das „Bestandsdatengesetz“ erlaubt jedem der zigtausend Sachbearbeiter bei ermächtigten Behörden weitreichenden Zugriff: nicht nur auf Name, Anschrift eines Telekomkunden, sondern auch auf vertrauliche Handy-PIN, Mail- oder webbasierten Datenspeicher (Cloud).

Warum ist das Bestandsdaten-Gesetz kritisch zu sehen?

Es gibt einen großzügigen Freibrief für automatisierte, massenhafte Verfolgung, bei dem kein Mensch auf Unternehmensseite gegencheckt, was der Staat aus den Datenbanken da herausholt. Wenn der Staat glaubt, dass er etwas wissen muss, greift er nach Lust und Laune zu. Für Passwörter ist zwar pro forma ein „Richtervorbehalt“ nötig. Der greift aber nicht, wenn „Gefahr im Verzug“ ist. Wie bei der echten Hausdurchsuchung ist diese Hürde viel zu lasch.

Wie erfahre ich von einem staatlichen Zugriff auf meine vertraulichen Daten?

Eigentlich nicht, denn wie bei der klassischen Telefonüberwachung gibt es keine absolute Informationspflicht über die Maßnahme. Ansonsten siehst du den Eingriff beim Lesen deiner Ermittlungsakte. Die kann jetzt in vielen Fällen alltäglicher Vergehen noch leichter angelegt werden, der unbescholtene Bürger durch alltägliches Verhalten zum potentiellen Verbrecher gestempelt werden. Irgendwas findet sich immer. Beispielsweise neben einer Nazischlägerei herlaufen: Menschen, die grade in der Gegend spazieren, werden über ihre Handynutzung ermittelt und potentiell verdächtig. So geschehen in Leipzig und zwar millionenfach. Das ist die neue elektronische Diskriminierung, die auch gewisse berufliche Nachteile für jeden bedeutet, der irgendetwas vom Staat will oder sogar mal für ihn arbeiten möchte!

Welche Risiken drohen für meine Sicherheit?

Ein typisches Sicherheitsgesetz, das in Wirklichkeit totale Unsicherheit schafft. Die Brisanz der Behörden-Ausforschung ist noch nicht über die Massenmedien durchgesickert. Fast jeder kennt jemand in irgendeinem Amt. Der neue Zugriff ist viel wert. So weiß man in Zukunft nie, ob der enttäuschte Liebhaber, der Vorgesetzte, die Skandalpresse oder die organisierte Kriminalität belastendes Material hintenrum bekommt. In Kolumbien hat die Drogenmafia Telekomdaten ihrer Leute mit Polizeitelefonnummern abgeglichen und in der Folge Spitzel kaltgestellt. Schlecht für eine freiheitliche Gesellschaft.

Das Recht aufs fremde Wort Leistungsschutzrecht für Presseverlage wird Gesetz

Das umstrittene Leistungsschutzrecht für Presseverlage hat Bundesrat und Bundestag passiert. Dazu Bruno Kramm, Urheberrechtsbeauftragter der PIRATEN und bayerischer Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„Das Leistungsschutzrecht ist kein Gesetz, sondern eine Beruhigungsspielle für Verleger. Der deutsche Alleingang zeigt, wie fremdbestimmt die Regierung lobbyistische Entwürfe – hier des Axel Springer Verlags – verabschiedet. Das LSR ist dabei nicht nur ein dahingehushtes Gesetzespapier, das Abmahnwällen neue Geschäftsfelder eröffnet. Es verhindert auch den Wettbewerb für kleine Marktteilnehmer.“

Das Leistungsschutzrecht bringt Rechtsunsicherheiten für Nutzer und Urheber, so Kramm weiter. Denn an den unklaren Bestimmungen im Gesetz, was zum Beispiel eine Suchmaschine ist, welche Dienste betroffen sind und welche Textlänge als Ausschnittanzeige verwendet werden dürfen, hat sich nichts geändert. Alle berechtigten Einwände von Experten wurden bis zuletzt eiskalt ignoriert. Die Regierung hat den Kontakt zur Realität unserer digitalen Gesellschaft verloren. Eine Ablösung von schwarz-gelb im September ist mehr als nötig, fordert Kramm.

<https://www.piratenpartei.de/2013/03/01/leistungsschutzrecht-katas-trophe-fur-verleger-und-internetnutzer-passiert-bundestag/>

PIRATENPRESSEMELDUNG

Transparente Medien mit gerechten Beiträgen

Piraten-Kongress in Würzburg gleicht Positionen ab

Rundfunk-Beiträge und GEZ-Deutschlandspeicher waren Thema eines Medienkongresses in Würzburg:

Datenschutz: Die Piraten sehen die Datensammelbehörde GEZ / Beitragsservice kritisch. Die neue Haushaltsabgabe macht es nötig, soziale Beziehungen der Beitragszahler zu erfassen. Das hat nichts in einer Datenbank verloren. Einzug unkompliziert über die Finanzämter, dann wäre keine zusätzliche Datenerfassung notwendig.

Internet: Inhalte sollen nicht nur begrenzte Zeit abrufbar sein. Der Zuschauer soll Inhalte nicht nur frei abrufen, sondern diese Inhalte auch bearbeiten dürfen.

Finanzierung: ein Betrag von 8 Euro (auf jeden Fall aber unter 10 Euro) pro steuerpflichtigem Arbeitnehmer könnte eine Richtlinie sein, ergänzend eine gewinnabhängige Beteiligung der in Deutschland ansässigen Unternehmen.

Fernseh- und Rundfunkräte: Entpolitisierung tut not. Die Mitglieder könnten wählbar werden, beispielsweise parallel zur Landtagswahl.

Programminhalt: Eine Grundversorgung beinhaltet nicht nur kulturell wertvolles Programm, sondern auch andere Inhalte. Der Unterschied zwischen Sender und Empfänger verschwindet zunehmend. Auch Blogger, Podcaster sind Teil der heutigen Medienlandschaft.

Quelle: <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2013/03/28/einigkeit-beim-medienpolitischen-kongress-der-piratenpartei/> CC-BY-SA Michael Renner



CC BY-SA MARTIN HAASE/MAHA

Die Homo-Ehe ist nicht genug

In Lebensgemeinschaften übernehmen Menschen oft Verantwortung für andere. Doch im Konzept von klassischer Ehe und Familie sind viele Modelle des Zusammenlebens nicht möglich. Vorschläge aus dem Grundsatzprogramm der Piraten.

Anhand der Haltung zu „Equal Marriage“ wird oft festgestellt, wie liberal oder konservativ eine Gesellschaft oder zumindest die Diskutanten sind. Wer die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare fordert, gilt als progressiv, wer gegen diese „Ehegerechtigkeit“ ist, als konservativ. Zwar besteht Einigkeit, dass die Beschränkung der Ehe auf ein heterosexuelles Paar eine konservative Haltung widerspiegelt, die Übertragung dieses Lebensentwurfs auf Schwule und Lesben ist damit aber noch lange nicht progressiv. Denn diese Forderung, für die vor allem die Grünen, die Linke, aber auch Teile der SPD und sogar (wenn auch nur theoretisch) die FDP steht, ist ebenfalls konservativ, imitiert sie doch das tradierte heterosexuelle Modell, nur eben jetzt auch für Schwule und Lesben: das Modell der Zweisamkeit, bis dass der Tod sie scheidet.

Inzwischen gibt es aber viele andere Lebensentwürfe – ganz unabhängig von sexueller Orientierung und Identität: Patchwork-Familien, Polyamorie, Bindungslosigkeit, Wohn- und Hausgemeinschaften, generationen-

übergreifendes Zusammenleben oder – schon etwas traditioneller – religiöse und weltliche Ordensgemeinschaften, Hackerspaces und vieles mehr. In manchen dieser Lebensentwürfe übernehmen Menschen Verantwortung für andere, und wenn das geschieht, wird die Allgemeinheit entlastet; die Übernahme solcher Verantwortung sollte daher auch immer besondere Rechte nach sich ziehen, sofern die Beteiligten das wollen (Auskunftsrecht, gegebenenfalls Erziehungsberechtigung, Sorgerecht).

Lebensgemeinschaft als Konzept

Daher bedeutet der besondere Schutz von Ehe und Familie, wie ihn das Grundgesetz und die Menschenrechte fordern, im 21. Jahrhundert, dass Ehe, Partnerschaft und Familie zu erweitern sind zu einem Konzept der Lebensgemeinschaft, wie es die Piraten nennen. Die Piraten sind auch nicht die Einzigen, die in ihren Forderungen zur Öffnung der Ehe soweit gehen. Ungefähr gleichzeitig mit der Erweiterung des piratigen Grundsatz-

programms um dieses Konzept, stellten die Jungen Liberalen eine ähnliche (etwas moderatere) Forderung auf nach einer so genannten Verantwortungsgemeinschaft, aber ihre „Elternpartei“, die FDP, war nicht einmal in der Lage, die viel konservativere Forderung nach der Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben durchzusetzen, obwohl sie diese – im Gegensatz zur Verantwortungsgemeinschaft – auf ihrem Parteitag beschlossen hatte.

Die Forderung der Piraten geht jedoch noch weiter: Ehen bzw. Lebensgemeinschaften (in diesem Konzept soll ja die traditionelle Ehe aufgehen) sollen nicht mehr vom Staat geschlossen werden: Der standesamtliche Akt soll durch einen notariellen Vertrag abgelöst werden, denn der Staat hat sich aus der privaten Lebensführung herauszuhalten. Zwar kann er Lebensgemeinschaften, die ihn entlasten, finanziell privilegieren, sofern in ihnen Verantwortung für Schwächere übernommen wird, aber Schließung und Auflösung solcher Verträge sollen nach Vorbild des französischen *pacte civil*

de solidarité (PACS, ziviler, d.h. bürgerlicher Solidarpakt) nicht Angelegenheit des Staates sein.

Geschlecht geht Staat nichts an

Den Staat hat auch das Geschlecht der Menschen, die in ihm leben, nicht zu interessieren, denn auch das ist eine Privatangelegenheit. Früher war die Speicherung des Geschlechts eines Menschen für den Staat wichtig, weil nur in einer bestimmten Geschlechterkonstellation geheiratet werden durfte und weil das Geschlecht für die Rekrutierung von Soldaten relevant war. Der Wehrdienst und das heterosexuelle Eheprivileg gehören aber der Vergangenheit an, so dass keine Notwendigkeit mehr besteht, das Geschlecht staatlich erfassen zu lassen.

Die hier erläuterten Vorschläge aus dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland tragen dazu bei, eine wirklich freie Gesellschaft zu schaffen, die auf der Diversität von individuellen Lebensentwürfen beruht.

AG=ALLE GEMEINSAM

CC BY-SA WIKI

Schulterschluss einer piratigen Politik setzt an den Wurzeln an

Eben erreichte mich eine Pressemeldung der Piratenfraktion NRW zum Thema verfassungsfeindlicher Salafismus.

Dirk Schatz, Innenpolitischer Sprecher der Piratenfraktion: „Wir setzen auf Ursachenforschung, Aufklärung und Bildung. Der Verein Sekten-Info Nordrhein-Westfalen gibt zu bedenken, dass Jugendliche mit Ausgrenzungserfahrungen sich von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und Halt suchen. Wir müssen es schaffen, dass sich junge Menschen aufgrund ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft nicht mehr ausgegrenzt fühlen. Das wäre ein viel größerer Erfolg gegenüber verfassungsfeindlichen Ideologien als es Überwachungsmaßnahmen je sein können.“

Gut gesprochen. Nur wie?

Gerade habe ich den Text der Arbeitsgemeinschaft (AG) Inklusion http://wiki.piratenpartei.de/AG_Inklusion für die AG-Zeitung Kompass gestrafft:

„Mit Respekt und Achtsamkeit können verschiedene Gruppen friedlich einer Gemeinschaft angehören. Abgrenzung ist erlaubt, aber die Grenzen sollten durchlässig bleiben.“

Klingt erst mal gut.

„Als Mitglieder der AG Inklusion setzen wir uns auch mit unseren eigenen Grenzen auseinander und streben das Gegenteil von Exklusion an: Konfliktlösung durch Anerkennen der Persönlichkeit des Gegenübers.“

Aha, jeder soll also bei sich selber anfangen.

„Unsere Ziele: Verschiedenste Konzepte sammeln, Projekte entwickeln, um Wege aufzuzei-

gen. Schnittstellen ergeben sich zu anderen Arbeitsgemeinschaften, wie zum Beispiel zur AG Migration oder AG Gesundheit oder wie zur AG Bauen & Verkehr (hier zum Beispiel behandelt das Thema Gentrifizierung die räumliche Inklusion) und zum Arbeitskreis (AK) Kommunalpolitik. Auch der Wahlkampf 2014 beginnt vor der Haustüre.“ Ich lese weiter bei der AG Barrierefreiheit http://wiki.piratenpartei.de/AG_Barrierefreiheit: „... das gemeinsame Ziel der Abschaffung von Barrieren, die Menschen mit und ohne Behinderungen einschränken, einsetzen ... Rahmenbedingungen für das selbstständige Leben im Alter oder bei Behinderung zu verbessern. ... Wir wollen Modelle entwickeln, ...“

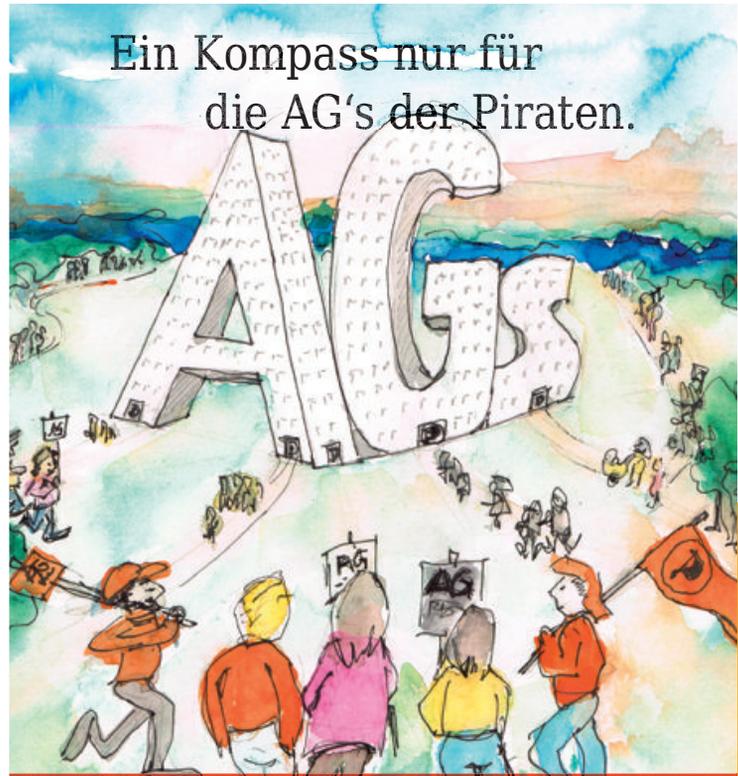
Und auch hier:

„Wir pflegen eine Diskussionskultur, die von Fairness und Vertrauen geprägt ist. Inklusion ist für uns längst Realität.“

EINFACH MACHEN DURCH VORMACHEN

Sehr praktisch geht die AG Behindertenrecht http://wiki.piratenpartei.de/AG_Behindertenrecht vor: „Wir möchten mit unserer Arbeit darauf hinweisen, dass auch mit dem Einreichen eigener und dem Mitzeichnen anderer Petitionen viel erreicht werden kann. In kürzester Zeit kann man von zu Hause aus viele Unterschriften sammeln.“

Einen ganz anderen Ansatz sucht die AG Humanistischer Laizismus http://wiki.piratenpartei.de/AG_Humanistischer_Laizismus: Viele andere Menschen verharren aus Gewohnheit, Unwissenheit oder Bequemlichkeit in ihrer anerzogenen Religiosität. ...



Kompass Sonderausgabe erscheint im Juni

Diskussionen und Zusammenarbeit werden fair, ergebnisoffen nach wissenschaftlicher Methode und Arbeitsweise ... durchgeführt.“

Also erst einmal alte Muster aufbrechen und hinterfragen. Piraten durchschlagen gordische Knoten, lese ich im Kodex <https://wiki.piratenpartei.de/Kodex>. Unser Ehren-Kodex ist unser wichtigstes Alleinstellungsmerkmal.

Und gordische Knoten zu durchschlagen haben wir bitter nötig. Die Ergebnisse von Ausgrenzung und Leistungsdruck prägen unsere gesamte Volkswirtschaft. Nicht nur die AG Psyche, auch die AG Drogen- und Suchtpolitik http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik setzt hier an: „Nimmt man nur das Etikett ‚legal und illegal‘ weg, dann wird schnell klar, dass es kaum Nichtkonsumenten in Deutschland gibt. Und wer sich einfach die verfügbaren Zahlen anschaut, merkt schnell, dass es gar nicht die heute illegalen Substanzen sind, die die größten Probleme verursachen ...

... Es gibt viele Schnittstellen und Berührungspunkte zu wei-

teren Politikfeldern. Gesundheit, Jugend- und Verbraucherschutz sind nur die naheliegendsten. Auch Bildung, Familie, Soziales, Inneres und Justiz sind Bereiche, in denen dringend Änderungen nötig sind. Wir haben ein echtes Alleinstellungsmerkmal für die Piratenpartei entwickelt. Wir diskutieren viel und lange...“

Oder aber die AG Bauen und Verkehr http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bauen_und_Verkehr: „Aktueller Themenschwerpunkt ist der Komplex „Bezahlbarer Wohnraum“. ... Eine weitere wichtige Aufgabe der AG ist die Vernetzung und Schaffung von Synergien. Wir haben es uns auf die Fahne geschrieben, die Inhalte der AGs und AKs auf Landesebene so zu sammeln.“

Gemeinsamkeitenschaffen. Schulterschlüsse. Gemeinsam sind wir stark.

Es bleibt also spannend. Wir Piraten haben das Potential. Es kommt darauf an, was wir daraus machen.

Weiterlesen in der AG-Zeitschrift Kompass, erhältlich einen Monat nach dem Bundesparteitag 2013.1 in Neumarkt!

Das Letzte



Grafik: CC BY-SA: Christine Zander

Beitrag zum Thema
Mieten, Wohnen, Sanieren
auf Seite 16

**Lebst du noch oder wohnst
du schon woanders?**

GENTRIFIZIERUNG